Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 62. Mittag-Ausgabe. Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Donnerstag, den 6. Februar 1868.**

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 5. Februar.

43. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10¾ Uhr. Am Ministertisch: Frhr. v. d. Heydt, v. Selchow, Graf Bismarck mit mehreren Commissarien.

Abg. v. Saucken-Julienfelde (vor der T.-O.): Ich habe das Wort ergriffen in Betreff des Berichtes der Regierung, der in Bezug auf meine letzthin hier gethanen Aeußerungen über den Nothstand eingegangen ist. (Ist heute vertheilt.) Der Bericht beweist, daß meine Worte nicht verflogen sind, sondern daß ihre Wirkung eine weitere und ausgedehntere war, als ich selbst erwartet hatte. Zweitens constatire und freue ich mich, daß keine einzige meiner Hauptangaben widerlegt worden ist, daß in dem Berichte die Beweise der Richtigkeit gedruckt zu lesen sind. Drittens freue ich mich, daß ich, während ich im Moment ganz unvorbereitet auf zwei Aeußerungen von Vorrednern antworten mußte, die nicht richtig und dem Interesse der Provinz zuwider waren, obgleich ich keine Papiere bei mir hatte, aus denen ich Etwas entnehmen konnte, dennoch in allen Hauptsachen richtige Angaben gemacht habe. Wenn ich mich manchmal in der Titulatur der Beamten vergriffen habe, so werden Sie mir das wohl nicht übel nehmen. (Ruf: Nein! Heiterkeit.) Ich habe das Wort besonders wegen eines Satzes aus dem Schreiben des Herrn Finanzministers ergriffen, wonach es fast scheinen könnte, als hätte ich mich geweigert, Auskunft zu geben über die Punkte, die ich damals hier angeregt. Ich bat den Herrn Finanzminister, erst den stenographischen Bericht meiner Rede abzuwarten, dann bin ich zu ihm herangetreten, an denselben Platz, auf dem er jetzt sitzt und habe ihn gebeten, mir eine Stunde zu bezeichnen, in der ich ihn sprechen könnte. Ich versprach ihm über Alles Auskunft zu geben, nur auf eine Aeußerung habe ich mich geweigert Auskunft zu geben, indem ich den Namen des Oberförsters nicht nennen wollte, eines Ehrenmannes, der mir jene Angaben im Interesse der Nothleidenden gemacht hatte. Sie werden die Gründe wohl fühlen, die mich bewogen, diesen Mann dem Herrn Minister nicht zu nennen (Beifall und Zustimmung links) und ich glaube nicht, daß Einer im Hause ist, der mir dies verdenken wird. (Bravo.)

Finanzminister v. d. Heydt: Ich war bei der betreffenden Rede des Herrn Abgeordneten nicht im Hause, als ich von seinen Mittheilungen Kenntniß nahm, glaubte ich dem Hause und der Verwaltung schuldig zu sein, auf die Aeußerungen zu antworten und den Herrn Abgeordneten um nähere Auskunft zu bitten. Diese hat mir der Herr Abgeordnete nicht gegeben, sondern mir geantwortet, man würde aus seiner Rede ersehen, daß alles in Richtigkeit sei. Er wollte mir Privatbriefe zeigen, ich sagte ihm, ich hätte an Privatbriefen kein Interesse, ich wollte nur die Richtigkeit der Thatsachen constatiren im Interesse der Verwaltung. Ich habe diesen Bericht in Folge dessen eingefordert und geglaubt, ihn dem Hause mittheilen zu müssen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten: Fortsetzung der Berathung über das Gesetz, betr. den hannoverschen Provinzialfonds.

Reg.-Commissar Küster wendet sich in längerer Ausführung gegen die rechtlichen Ausführungen, die Abg. v. Vincke (Minden) gestern gemacht und worin er die rechtliche Verpflichtung des Staates für die Zwecke, zu denen der Provinzialfonds bestimmt ist, bestritt. Der Reg.-Commissar sucht durch Citate aus hannoverschen Gesetzen nachzuweisen, daß diese rechtliche Verpflichtung des Staates speciell für die Ausgaben der Landschaften bis zu einer bestimmten Höhe bestehe. — Die Blinden-, Taubstummen und Irrenanstalten seien in Hannover Staatsanstalten, die angestellten Beamten Staatsbeamten gewesen; die preußische Regierung hätte dieselben deshalb als Staatsanstalten übernehmen müssen; wenn man die Sorge dafür nun der Provinz überweisen wolle, müsse eine Ausgleichung dafür geboten werden. — Die Juden hätten in Hannover eine rechtlich mehr anerkannte Stellung, als im alten Preußen; es wären stets Zuschüsse zu ihren Unterrichts- 2c. Anstalten früher aus der Staatskasse gegeben worden.

Zu dem Kardorff'schen Antrage wird ein Amendement des Abg. Wellmann eingebracht: 1) in Nr. 1 zu setzen statt „500,000 Thlr." die Worte: „300,000 Thlr.", 2) in Nr. 3 zu setzen statt „500,000 Thlr." die Worte: „300,000 Thlr. als dauernde Jahresrente."

Abg. v. Kardorff (für die Vorlage): Mit Erstaunen hörte ich gestern die Aeußerungen des Abg. v. Vincke (Minden): „Wir in den alten Provinzen haben ja auch Selbstverwaltung, wir haben ja die Provinzialstände." Ich hatte geglaubt, Herr v. Vincke wäre der berechtigte Interpret der Verwaltungsgrundsätze Stein's und des Oberpräsidenten v. Vincke, und daß diese Männer sich mit so bescheidenen Ansprüchen nicht begnügt hätten wie Herr v. Vincke. Um so mehr habe ich mich natürlich darüber gefreut, daß der Herr Ministerpräsident in so entschiedener Weise den wohlgegründeten Anspruch der Nation auf Decentralisation anerkannt hat; es ist dies ein segensreicher Fortschritt in unserem Staatsministerium, der um so deutlicher hervortritt, wenn man damit die Ansichten des Ministers des Innern bei der Budgetberathung vergleicht, die noch immer das Princip des büreaukratischen Gängelbandes festhielten. — Die Frage der Decentralisation ist keine Parteifrage. Bei uns finden Sie die centralisirte Büreaukratie von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten (Ruf: sehr wahr!); das System der französischen Präfectur, wie es sich bei vielen Behörden ausprägt, ist aber der deutschen Nation vollständig antipathisch. Ich habe deshalb die Vorlage mit Freuden begrüßt als den ersten Schritt zur Selbstverwaltung. — Was nun die rechtliche Seite der Frage betrifft, so unterliegt es keinem Zweifel, daß der preußische Staat der Rechts-Successor des hannoverschen Staates geworden, und daß deshalb das früher hannoversche Staatseigenthum jetzt Eigenthum des preußischen Staates ist. Für den preußischen Staat entsteht aber daraus natürlich auch die Verpflichtung, die Ausgaben für die Zwecke zu bestreiten, die aus den übernommenen Summen früher bestritten wurden.

Dabei muß man aber aus Billigkeitsgründen die eigenthümlichen Verhältnisse der Provinz möglichst berücksichtigen, soweit es unsere finanziellen Hilfsmittel gestatten. Es kann mir nicht einfallen, mich auf eine Berechnung des Vermögens und der Besteuerung der einzelnen Provinzen einzulassen. Die hierbei angegebenen Beispiele passen zum Theil gar nicht. Schlesien war keine eroberte Provinz, sondern ein Land, auf das die Brandenburger ein gutes Recht hatten. (Heiterkeit.) Soll denn das Glück der Einverleibung für die Hannoveraner darin bestehen, daß sie in die Lage kommen, zu sagen: Preußen hat uns unsere Capitalien genommen und uns verhindert, unsere angefangenen Chausseen zu bauen? — Herr v. Vincke schlägt denn doch die Stimmung einer Bevölkerung zu gering an. Ich will diese Verantwortung nicht übernehmen in einer Zeit, wo die welfische Partei nur darauf wartet, Gründe zur Agitation gegen uns zu bekommen. — Gegen den Antrag Diest muß ich mich entschieden erklären, da derselbe ein Provisorium statuirt. Aus Provisorien entstehen — das haben wir am Militärconflict gesehen — Conflicte. Wenn die Vorlage nicht gerecht erscheint, so möge man sie lieber ganz ablehnen, als die Mittel in ungenügender Weise gewähren. Also kein Provisorium, sondern feste Zustände! Das „Suum cuique" Vincke's nehme ich für mich und meinen Antrag in Anspruch: „Geben Sie dem Staate Preußen das Capital, das ihm gehört und Hannover die Rente, auf die es ein Recht hat (Beifall).

Graf Bismarck: Ich bin überzeugt, daß bei einer genauen Prüfung der stenographischen Berichte sich ein principieller Unterschied zwischen den Auslassungen, die im Namen des Ministeriums des Innern über die Frage der Decentralisation gefallen sind, und zwischen den meinigen nicht finden kann; denn es ist eine zweifellose Thatsache, daß im Schooße des Ministeriums eine Meinungsverschiedenheit hierüber nicht herrscht, daß wir Alle darüber einig sind, die Decentralisation in dem Maaße, wie ich es gestern charakterisirt habe, zu erstreben, daß auch der Herr Minister des Innern nicht anderer Meinung ist. Es ist möglich, daß er in Bezug auf die Modalität der Ausführung, die Bereitwilligkeit zur Uebernahme unbesoldeter Ehrenämter sceptischere Ansichten hat, als sie mir und dem Herrn Vorredner eigen sind. Das ist eine Sache der Erfahrung; sollte sich seine Ansicht in der Ausführung als begründet ergeben, so würde das vielleicht zu der Nothwendigkeit führen, nicht ausschließlich auf unbesoldete Ehrenämter zu recurriren, sondern den unabhängigen provinziellen Körperschaften, wie wir das ja schon früher gehabt haben, sachkundige Beamte beizugeben, die sie wählen mögen. — Das sind alles Modalitaten der Ausführung, auf die ich jetzt nicht weiter eingehen will. Darüber aber ist das Staatsministerium in sich einig, daß der Zustand, wie er gegenwärtig vorhanden ist, so bald wie möglich aufhören möge, der Zustand, daß über jeden Zaun, über jede Brückenbohle durch fünf Instanzen bis nach Berlin gegangen wird, und daß schließlich die beiden äußersten Pole, die Bezirks-Gendarmen und die geheimräthlichen Regionen im Ministerium, doch die eigentlich entscheidenden Instanzen sind. (Heiterkeit). In dieser Art und Weise der Geschäftserledigung eine Remedur zu schaffen, diese Aufgabe verstehen wir unter Decentralisation. Wie wir sie realisiren werden, darüber werden wir mit Ihnen berathen und keinem Wunsche, keiner Belehrung von Ihrer Seite unzugänglich sein (Beifall).

Abg. v. Benda (gegen die Vorlage): Ich stimme gegen das Gesetz, nicht, weil ich ein Gegner der deutschen Politik des Ministeriums bin. Ich habe das Gegentheil davon erst kürzlich bewiesen, als ich für den Vertrag mit dem König Georg stimmte. Und hierfür war für mich nur der eine Grund maßgebend, weil ich der Ueberzeugung war, daß kein Ministerium im Stande war, den Vertrag rückgängig zu machen oder sich der Erfüllung desselben zu entziehen (Beifall rechts), weil die Ablehnung des Vertrags eine schwere Schädigung der deutschen Politik des Grafen Bismarck herbeigeführt haben würde. — Heute liegt die Sache ganz anders; das vorliegende Gesetz hat mit der äußeren Politik gar nichts zu thun. — Der Herr Ministerpräsident erklärte gestern sein Bedauern, daß die Vorlage zu so großem Streite Veranlassung gegeben. Wir, meine Herren, bedauern, daß diese unglückselige Vorlage überhaupt in das Haus gelangt (Zustimmung), daß sie nicht schon im September todt gemacht worden ist. (Zustimmung.) Da sie nun aber einmal zu unserer Berathung gestellt ist, kann ich meine Entschließung nicht anders fällen, als mit voller Freiheit, nach bestem Wissen und nach reiflicher Erwägung. (Zustimmung.) Das ist der einzige richtige Standpunkt. Der Herr Ministerpräsident wird deshalb auch ganz gewiß keine zornige Rede von mir zu hören bekommen (Große Heiterkeit), sondern ich werde in aller Ruhe meine Gründe entwickeln. Es handelt sich ja lediglich um die Frage: ob wir einen Theil des preußischen Staatsvermögens der Provinz Hannover überweisen sollen, zur Bestreitung von Provinzial-Ausgaben. — Daß der Staat die Bedürfnisse der Provinz Hannover sorgfältig untersuchen, und wo nöthig, möglichst mit Berücksichtigung der eigenthümlichen Lage der Provinz für dieselbe sorgen wird, ist natürlich. Es fragt sich nur, wie dies geschehen soll. Die Einen wollen der Provinz hierzu ein bestimmtes Capital zur Verfügung stellen, die Andern wollen, daß die erforderlichen Verwendungen jährlich auf dem Staatsbudget festgestellt werden sollen. Zu den letzteren gehöre ich: Ich will der Provinz weder ein Capital, noch eine Rente überweisen, sondern die nothwendigen Bewilligungen jährlich budgetmäßig feststellen lassen. (Beifall.)

Zunächst bewegen mich hierzu finanzielle Gründe. Ich weiß in der That nicht, woher ich heute noch den Muth nehmen soll, wiederum 12 Millionen aus der Staatskasse zu nehmen ohne Noth und ohne rechtliche Verpflichtung. (Beifall; Murren bei den Hannoveranern.) Ich bin aber auch gegen die Rente, weil dies immer eine Ungerechtigkeit gegen die übrigen Provinzen involvirt. Wir wollen budgetmäßig, wie für die übrigen Provinzen, die Bedürfnisse Hannovers feststellen und wir werden uns bemühen, dabei nicht blos die rechtlichen Ansprüche zu befriedigen, sondern auch die Ansprüche der Billigkeit. Ich glaube aber, daß die Annahme des Gesetzes den Hannoveranern nicht einmal für die Dauer großen Nutzen bringen würde (Widerspruch bei den Hannoveranern). Durch die Annahme desselben würden Sie vielmehr auch die in Hannover nützliche und nothwendige Veränderung der Verwaltungs-Einrichtung erschweren. Ja, ich behaupte sogar: die Gewährung des Provinzialfonds für Hannover wäre ein neues Danaergeschenk für diese Provinz (Beifall; Widerspruch bei den Hannoveranern.) Sie nehmen dem Hause dadurch für alle Zukunft die innere Freiheit bei der Berücksichtigung aller Wohlfahrtsfragen für Hannover, wie bei Eisenbahn-Gesetzen u. s. w. (Unruhe bei den Hannoveranern.) Verlangen Sie nicht, meine Herren, daß die Menschen Engel sind (Heiterkeit); wir Menschen sind alle Menschen (Heiterkeit), auch die Abgeordneten. (Heiterkeit.) Vergessen Sie deshalb nicht, daß der Beschluß, welcher heute gefaßt wird und vielleicht die Zustimmung zur Regierungsvorlage mit 10—20 Stimmen Majorität ertheilt, auf lange Zeit im Hause nachwirken und eine gewisse Verstimmung zurücklassen wird. So etwas vergißt sich nicht so leicht. Sie fixiren dadurch provinzielle Gegensätze dauernd im Hause (Zustimmung), die eine wahre Pest für das Haus sind. (Zustimmung.) Man kommt uns nun immer mit dem Worte: „Decentralisation".

Auch für die übrigen Provinzen, sagt man, sind ähnliche Arrangements in Aussicht genommen; es sollen dort nur erst die Verwaltungs-Behörden mehr nach dem Princip der Selbstverwaltung geordnet werden. Zunächst muß ich sagen, daß auch Hannover noch keine wahre Selbstverwaltung hat, und daß durch die Annahme der Vorlage die Ausbildung der Selbstverwaltung nicht gefördert, sondern geschädigt wird. — Und es wird doch wohl Niemand behaupten wollen, daß die Selbstverwaltung nur dann möglich ist, wenn dieselbe eine silberne Unterlage erhält? Möge man erst eine neue Provinzialordnung für den ganzen Staat geben. Der Glaube an die Zusicherung, daß man den alten Provinzen bald eine neue geben wolle, ist wohl im ganzen Lande sehr schwach. (Zustimmung.) Das Hauptmotiv, das die Regierung angiebt für die Nothwendigkeit der Zustimmung dieses Landes, daß sie Hannover gegenüber engagirt sei, ist ein sehr bedenkliches und kann für uns nicht maßgebend sein. — Was sie jetzt will, ist keine wirkliche Decentralisation; es ist höchstens ein Fetzen davon; möge man uns einen klaren und festen Verwaltungsplan für den ganzen Staat auf dem Princip der Decentralisation vorlegen; dann wird das Haus zustimmen. (Beifall.) Auf ein Jahr kann es ja wohl der Provinz Hannover dabei nicht ankommen; die Herren sind ja zufrieden mit ihrer Verwaltung. — Mit ein paar Worten muß ich nun noch auf die „Mißstimmung" zu sprechen kommen, die hervorgerufen werden soll in den neuen Provinzen durch die Ablehnung der Vorlage. Man behandele die neuerworbenen Provinzen mit absoluter Gerechtigkeit (Zustimmung); das wird am besten die Mißstimmung beseitigen.

Doch wenn Sie erst von Mißstimmung sprechen, müssen Sie doch wohl auch an die alten Provinzen denken. Wenn wir Volkspolitik machen wollten, so müssen wir nicht blos hannoversche, sondern preußische Volkspolitik machen, und auf die Stimmung aller Provinzen Rücksicht nehmen. Ich muß schließlich an ein Gleichniß anknüpfen, das der Abg. Windthorst neulich gebraucht hat. Die Provinz Hannover ist nicht mehr, sondern sie war eine Braut. Das Brautgeschenk ist zu suchen auf dem Schlachtfelde von 1866. Jetzt steht die Provinz Hannover mit Preußen nicht mehr im Brautstand, sondern in einer unauflöslichen Ehe (Beifall); und da haben beide Theile denn auch andere Pflichten, als die Brautstandspflicht (Beifall und Heiterkeit). Wir haben vor allem die Pflicht einer unerschütterlichen Gemeinschaft in allem Glück und Unglück, bei allen Vortheilen und Nachtheilen (Beifall). In einem solchen Verhältniß giebt es aber kein Präcipuum; deshalb stimme ich gegen die Vorlage (Stürmischer Beifall).

Abg. Oppermann (schwer verständlich): Wir verlangen kein Präcipuum, kein Geschenk, sondern nur unser Recht. Ich frage Sie, mit welchem Rechte verfügen Sie über das hannoversche Volksvermögen? Der Abg. v. Vincke wird vielleicht antworten: Mit dem Rechte der Eroberung. Aber sowohl die Regierung wie die Landesvertretung hat anerkannt, daß die Einverleibung von Seiten Preußens nur im allgemeinen deutschen Interesse vorgenommen sei, und daß deshalb aus derselben Rechte auf Verkürzung des Provinzialvermögens nicht hergeleitet werden können. Wenn Preußen nichts bei uns zu holen fand, warum eroberte es uns denn? Und wenn es uns eroberte, so bekam es unsere Schulden wie unsere Verpflichtungen mit. (Redner fährt unter steigender Heiterkeit des Hauses mit wachsender Erregung fort, die sein an sich schon dunkles Organ völlig unverständlich macht.)

Abg. Dr. Waldeck (gegen die Vorlage): Der Abg. Miquel hat uns, die Fortschrittspartei, unseres Votums wegen, mit dem Abg. Reichensperger zusammengestellt und sodann gefolgert, er begriffe sehr gut, daß wir gegen die Vorlage sein würden. Wenn er länger Mitglied dieses Hauses ist, wird er einsehen, auf wie falschen Principien die Abtheilungen, die er zu machen pflegt, meistentheils beruhen. Auch der Herr Ministerpräsident wies auf die Abstimmung der Berliner Abgeordneten hin. Sie haben neulich gehört, daß die Stadt Berlin den Löwenantheil der Mahl- und Schlachtsteuer wie der Einkommensteuer zahlt; sollte diese Stadt also vom Staate etwas verlangen, so wäre es nur ein Präcipuum, und dennoch würde die große Majorität dieses Hauses solche Ansprüche zurückweisen, wenn nicht Berlin, in dem Bewußtsein, einem Ganzen anzugehören, darauf verzichtete, auf Kosten der übrigen Landestheile für sich besondere Ansprüche zu erheben. Die Rechtsfrage, auf die sich die Vertheidiger der Vorlage berufen, ist durch dieselben total verschoben worden. Diese Herren sprechen immer von der Forderung der Provinz Hannover, Etwas, was dieselbe bereits besaß, zu behalten, und doch würde ihnen der Beweis schwer werden, daß die Provinz als solche jemals ein Recht auf den Domanial-Ablösungsfonds besessen hat. Man hat sich auf die Wegeordnung berufen, die hier gar Nichts beweist. Sowohl das Budget des Jahres 1867 wie die Verordnung vom 5. Juli erklären den genannten Fonds ausdrücklich als einen Theil des Staatsvermögens, so daß wir Hannover nicht im Besitze desselben belassen, sondern erst jetzt durch unseren Beschluß ihn dieser Provinz überweisen würden. Der Abg. v. Vincke hat diese Rechtsfrage gestern so klar dargelegt, daß ich seinen Gründen Nichts hinzuzufügen habe, und auch die Abgg. Miquel und Lasker waren nicht im Stande, erhebliche Einwände hiergegen vorzubringen.

Eben so scheinen mir aber auch die gewichtigsten politischen Bedenken gegen die Vorlage zu sprechen. Der preußische Staat könnte nichts Unangemesseneres thun, als den früheren hannoverschen Staat, der jetzt noch als ein organisches Ganze besteht, durch Einrichtungen, wie die beantragte, dauernd als solches zu consolidiren. Das Königreich Hannover bildet seinen Bestandtheilen nach kein Ganzes, sondern muß je nach den Eigenthümlichkeiten seiner Glieder den Nachbarprovinzen zugefügt werden. Diese Ansicht hat sich auch im Lande selbst bereits geltend gemacht, und ich kann Ihnen hier ein Schreiben der Emdener Handelskammer vorlegen (Redner verliest dasselbe), in welchem diese den Wunsch ausspricht, ihren Landestheil der Provinz Westfalen zugefügt zu sehen. Die jetzige Provinzialeintheilung kann eine dauernde nicht sein, sondern muß sich mehr den Stammesverhältnissen anpassen; durch die Institution eines Provinzialfonds würden wir aber eine solche Umgestaltung nur erschweren. Außerdem kann ich nur meine Uebereinstimmung mit dem Antrage aussprechen, welcher zunächst die Aufstellung eines festen Planes über die den sämmtlichen Provinzen zur Selbstverwaltung zu überweisenden Mittel verlangt. Erst wenn die Verhältnisse des ganzen Staates in dieser Weise geregelt sind, werde ich die Hand zur Bewilligung von Provinzialfonds bieten; gegenwärtig kann Hannover sich nicht wundern, auf allen Seiten Widerstand gegen diesen Gesetzentwurf zu finden. Man hat auf die Genehmigung desselben als auf ein gutes Mittel hingewiesen, den particularistischen Bestrebungen zu Gunsten des Königs Georg die Spitze abzubrechen. M. H.! Die Herstellung des Hauses Welf ist für mich eine solche Unmöglichkeit, daß ich sie nicht in den Kreis meiner politischen Berechnungen ziehe. Die particularistischen Bestrebungen haben ein außerordentlich geringes Gewicht, und selbst die hannoversche Legion, auf die man neulich hingewiesen, setzt mich wenig in Schrecken, weil ich die Ueberzeugung habe, daß mit dem letzten darauf verwendeten Silbergroschen auch der letzte Mann derselben verschwunden sein wird. Durch solche Mittel, wie Bewilligung von Provinzialfonds, gewinnt man die öffentliche Meinung in Hannover nicht, darüber lasse sich die Regierung keine grauen Haare wachsen, das einzige Mittel dazu ist das Einlenken in ein liberales Regierungssystem. Wenn Sie auf diesem Wege zur Decentralisation zu gelangen hoffen; so täuschen Sie sich selbst. Das ist keine Decentralisation, das ist ein Zerbröckeln des Staates: ich bitte Sie, mit mir gegen die Vorlage zu stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Graf Bismarck: Ich befinde mich in der ungewöhnlichen Lage, diesmal dieselben Ziele verfolgt zu haben, die der Herr Vorredner als die seinigen hinstellt, nämlich die Provinzialeintheilung mehr in Einklang zu bringen mit den alten Stammesverhältnissen, wenn ich so sagen soll, mit den alten Reichskreisen. Als ich nach dem Friedensschluß hierher zurückkam, so schwebte mir ein Ideal vor, dessen Verfolgung und Festhaltung vielleicht die Ursache der Verspätung gewesen ist, die der Herr Vorredner bezüglich der Beschlüsse über Hannover rügte, und der Plötzlichkeit, mit der sie daher gefaßt werden mußten, weil viel Zeit über dies mein nicht verwirklichtes Ideal verloren war. Ich hatte den Gedanken verfolgt, zunächst die rheinfränkischen Theile, die drei Bezirke Nassau, Hanau und vielleicht auch Fulda mit der Rheinprovinz zu verbinden, zu einer Provinz Rheinfranken, den übrigen Theil von Hessen daran zu erinnern, daß Hessen früher Westthüringen war und Marburg die Hauptstadt von Thüringen, und eine Provinz Thüringen zu schaffen, welche die sämmtlichen in preußischen Besitz gerathenen Bestandtheile dieses uralten Landestheiles in sich begreifen sollte, also außerdem den bei Weitem größeren Theil der heutigen Provinz Sachsen bis gegen Wittenberg hin und die südlichen Enclaven von Hannover; ebenso die alten Theile Osnabrück und Ostfriesland an den alten Reichskreis aus früherer Zeit, an Westphalen zurück zu verweisen und demnächst eine Provinz Niedersachsen — so war der Name des Reichskreises, den ich wünschte — unter Hinzufügung des alten niedersächsischen Landes Magdeburg herzustellen. Dies Ideal hat sich nicht verwirklicht, es scheiterte vielleicht an dem Mangel an Zeit, an dem Mangel an Arbeitskraft. Es liegt auf der Hand, daß wenn solche Revirements in der Provinzialeintheilung stattfinden sollten, die schon so unvollkommen und eilig überwältigten Geschäfte mit dem jetzigen Personal gar nicht hätten überwältigt werden können.

Es ist gearbeitet worden von allen Seiten, so viel man konnte, vielleicht unvollkommen und ohne Geschick, aber wir müssen die Menschen so verbrauchen, wie wir sie haben, wir können uns keine andern Menschen machen. Aber vielleicht hätte mich dies Hinderniß noch nicht abgeschreckt und auf ein Provisorium geleitet, aber ein Widerstand, der stärker durchschlug, war ein solcher, der sonst auch von der Fortschrittspartei sehr hoch angeschlagen wurde. Ich erinnere mich, daß, als es sich nach dem schleswig-holsteinschen Kriege um das weitere Geschick dieses Landes handelte, mir grade von der Fortschrittspartei immer entgegengehalten wurde: das Volk solle selbst entscheiden. Genau nach diesem Recept der Fortschrittspartei sind wir in Hannover und in den sonstigen Landestheilen verfahren und werden nun darum getadelt. Es erhob sich zunächst von Kurhessen ein Widerspruch dagegen, das dortige Staatswesen zersetzen zu lassen, die Kurhessen wünschten zusammenzubleiben in dem alten Gesammtwesen, sie wollten in einer Provinzialverfassung bleiben, wollten Hanau und noch weniger Fulda nicht fahren lassen. Es war sogar in Nassau eine gewisse Abneigung, sich dem größeren Ganzen der Rheinprovinz anzuschließen; es machte sich später ein ganz bestimmter Widerspruch unter den hannöverschen Vertrauensmännern und im hannöverschen Provinzial-Landtage gegen jede Zerlegung der Provinz Hannover geltend. In Osnabrück war man, so viel mir zu Ohren gekommen ist, einstimmig gegen jede Abtretung von Ostfriesland; in Ostfriesland sind die Bewohner, wie die von dem Herrn Vorredner verlesenen Aktenstücke gezeigt, zwiespältig, es scheint, als wenn die größeren drei Handelsstädte mehr einer Zutheilung an Westfalen, die ländlichen Bezirke dagegen dem Verbleiben bei Hannover geneigt seien, wenigstens habe ich unter den bäuerlichen Abgeordneten, die hier waren — und es waren das sehr intelligente, wohlhabende Männer —, Niemanden gefunden, der nicht wünschte, an Hannover festzuhalten.

Diese Erfahrung, diese Abneigung der Betheiligten selbst und namentlich auch der Ostfriesen hat mich entmuthigt, in der weiteren Verfolgung meines Planes vorzugehen; die Sache hat sich so entwickelt, wie sie ist, und ich glaube kaum, daß sie sich jetzt noch wird rückgängig machen lassen. Die particularistischen Elemente waren auch dort stärker als die provinzialen und staatlichen. Als eine Hauptbedingung ist mir dort angegeben worden, daß eine Landdrostei in Aurich oder einer andern Stadt Ostfrieslands bleibe; der Gedanke, sich nach Osnabrück wenden zu müssen, war ihnen unüberwindlich, und sobald sie merkten, daß Osnabrück mehr Aussicht hatte, die Hauptstadt eines neu zu bildenden Regierungsbezirkes Ostfrieslands zu werden als Aurich, so verlangte man bei Hannover zu bleiben. Dies sind die Motive, die uns geleitet haben. Daß nun das für den Landestheil Ostfriesland so nachtheilige Folgen gehabt hätte, kann ich nicht annehmen, denn eine Provinzialgrenze innerhalb desselben Zollgebietes ist eben noch keine Landesgrenze; ich glaube nicht, daß man irgend welche nachtheilige Folgen z. B. für Stettin aus dem Umstande wird nachweisen können, daß es nicht zur Provinz Brandenburg gehört. Eben so wenig ist dies mit den Seeplätzen, wie Hamburg, in dem Verhältniß zu ihrem Hinterlande der Fall, wenn sie auch nicht unter derselben Verwaltung und Jurisdiction stehen; hätten die Wünsche der Bewohner sich mit mehr Einstimmigkeit und Entschiedenheit für die Vorschläge manifestirt, die der Herr Vorredner anregte und gestern von dem Herrn Abgeordneten für Minden angedeutet wurden, ich glaube,

dann hätte ich vielleicht für die Durchführung dieses Theiles meines Programmes — und ich würde auch das acceptirt haben — so viel Unterstützung gewonnen, daß sie factisch möglich geworden wäre. Es ist also keineswegs der Umstand, daß uns der Gedanke zu neu gewesen oder, daß wir nicht die Kühnheit gehabt hätten, diesen Gedanken zu fassen, sondern die Unmöglichkeit, ihn rechtzeitig durchzuführen und dann die Abneigung der Bevölkerung, die uns verhindert hat, diesen Plan zu realisireu.

Da ich einmal das Wort habe, so will ich mir noch eine Bemerkung erlauben, die ich vorzugsweise an die Fractionen richte, die sich die Unterstützung der königlichen Regierung zur Aufgabe gestellt haben. Der Herr Abgeordnete für Minden hat gestern unter Anderem — ich habe es erst heute in den stenographischen Berichten oder vielmehr in den Zeitungsberichten gesehen, es war mir gestern entgangen — ein erhebliches Gewicht auf die Stimmung in den Wahlkreisen der östlichen Provinzen gelegt, die durch dies Gesetz wesentlich afficirt sein würden. Ich kann dies Urtheil und diese Voraussicht nicht unterschreiben; ich finde in der Vergangenheit einen Beweis der Gegenwart. Der Vorgang mit Kurhessen war vollständig bekannt, ehe die Wahlen stattfanden, auch die Zusage an die Provinzialstände in Hannover war vollständig vor den Wahlen bekannt. Und doch ist mir nicht zu Ohren gekommen, daß in irgend einem Wahlkreise irgend ein Candidat darüber interpellirt worden wäre, wie er über diese Vorlage dächte, daß irgend Jemand es nützlich gefunden hätte, in seinem Programme die Ablehnung dieser Vorlage in Aussicht zu stellen, daß er versprochen hätte, gegen die Vorlage zu stimmen, weil sie eine Ungerechtigkeit gegen die alten Provinzen sei, daß man gesagt hätte, ich werde in allen Stücken mit der Regierung gehen, in diesem aber kann ich es nicht. Man würde doch das angedeutet haben in den Kreisen der Wähler, aus denen die Abgeordneten hervorgehen und würde, wo man sonst alle Elemente verwerthet, auch dieses benutzt haben. Die Herren haben ohne Rücksicht auf diesen Punkt bei der Bewerbung ihres Mandats ihre Unterstützung der königl. Regierung, namentlich in principiellen Fragen, in solchen, auf welche die Regierung Gewicht legt in Aussicht gestellt.

Es kann dies ja nicht so gemeint sein, daß die Herren in principiellen Fragen, die allen Principien, die ihnen sonst eigen sind, widersprechen, blindlings der Führung der Regierung sich überlassen sollen. Aber es wird doch immer so viel heißen müssen, daß in Anbetracht einer bedeutenden principiellen Maßregel der königl. Regierung, die vor den Wahlen öffentlich bekannt geworden ist, die Zusage der Unterstützung der Regierung, diese Maßregel mit zu unterstützen involvirt, und daß wir ein Recht zu haben glauben, in dieser Frage auf die Unterstützung der conservativen Partei, als derjenigen Partei, die ja vorzugsweise Vertrauen zur Regierung habe, ganz unbedingt zu zählen. Es ist einer constitutionellen Regierung überhaupt nicht möglich, wenn die Regierung nicht auf eine Partei mit voller Sicherheit zählen kann, auch in allen denjenigen Einzelnheiten, die der Partei vielleicht nicht durchweg gefallen können, wenn diese Partei nicht das Facit der Rechnung zieht: wir gehen im Großen und Ganzen mit der Regierung; wir finden zwar, daß sie ab und zu gerne eine Thorheit begeht, aber doch immer noch weniger Thorheiten macht, als annehmbare Maßregeln; um deswillen wollen wir es ihr zu Gute halten. Hat eine Regierung nicht wenigstens eine beträchtliche Partei im Lande, die in diese Auffassung und Richtung eingeht, dann ist ein constitutionelles Regiment unmöglich, dann muß sie gegen die Constitution manövriren und agiren, sie muß sich eine Majorität zu schaffen und zu erwerben suchen, sie wird dann eine Art Coalitionsministerium, und die Verwaltungsmaximen gerathen in Fluctuation, die für das Staatswesen im Allgemeinen und am allermeisten für die Ziele der conservativen Partei nur höchst nachtheilige Wirkungen haben können. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. Braun-Wiesbaden (für die Vorlage): Ich danke Ihnen, daß Sie mir in so später Stunde noch das Wort verstattet und mich dadurch vor einer ähnlichen Verlegenheit bewahrt haben, wie am Sonnabend, wo ich mich des Votums enthalten mußte, weil es mir nicht vergönnt war, meine Gründe für dasselbe öffentlich auszusprechen und meine Abstimmung ohne dieselben mißverstanden wäre. Daß die vorliegende Frage keine Parteifrage ist, das beweist ihnen die Rednerliste, welche Redner aller Fractionen sowohl für als gegen die Vorlage zeigt: auffallend aber ist es, daß gerade die Nachbarprovinz Hannovers, Westfalen, die heftigsten Gegner gestellt hat, ich nenne Ihnen die Herren v. Vincke, Reichensperger und Waldeck. Von ihrer Seite wird uns Particularismus vorgeworfen; und es erinnert mich dies an ein heimathliches Volkslied: „A bissel Lieb' und a bissel Treu und a bissel Particularismus is allzeit dabei". Soeben ist vom Abg. Waldeck das Verlangen ausgesprochen, einen Theil Hannovers der Provinz Westfalen hinzuzufügen, und wenn ich auch einen gewissen Particularismus als berechtigt anerkenne, so kann ich es doch nicht billigen, daß man uns darüber Vorwürfe macht und gleichzeitig den westfälischen Particularismus gegen den hannöverschen ins Feld ruft. Der Hr. Ministerpräsident hat seine Zustimmung zu einer neuen den Namensverhältnissen mehr entsprechenden Provinzialeintheilung ausgesprochen, ich möchte denselben jedoch darauf hinweisen, daß die von ihm angegebene Eintheilung gerade zur Zeit der höchsten Blüthe des deutschen Reichs nicht vorhanden war. Wir wollen nicht zum linken Rheinufer gezogen werden, sondern unsere langjährige Verbindung mit den Hessen aufrecht erhalten wissen.

Die gegen den Gesetzentwurf gemachten Einwürfe sind wenig stichhaltig. Wenn man aus der großen Anzahl von Amendements den Schluß ziehen will, daß die Vorlage „faul" sei, so wäre derselbe in noch höherem Grade bei unserem Budget gerechtfertigt gewesen, und hier wird wohl Niemand den Vorwurf aufrecht erhalten wollen. Der Abg. v. Vincke sagte, wir, die Vertreter der neuen Landestheile, sollten „demüthig" auftreten. Ich lege dagegen Protest ein; wenn auch die jüngsten Mitglieder des Staates, haben wir doch mit allen anderen gleiche Rechte, und es wird dem Abg. v. Vincke durch seine calculatorischen Künste am wenigsten gelingen, uns in das Joch kaudinischer Päße zu drängen. (Bravo.) Durch das Beispiel des früheren Präcipuums beweist man Nichts. Dieses war nur ein Brocken, den man einem bösen Hund hinwarf, damit er das Zollvereinskind nicht biß. Bei der Frage um den Provinzialfonds dagegen handelt es sich nur um eine Grenzregulirung zwischen dem hannoverschen Staats- und Provinzialeigenthum. Niemand hat dagegen Einspruch erhoben, als dieselbe Regulirung in Frankfurt vorgenommen wurde, als man dem Kurstaat Hessen seinen Staatsschatz zurückgab, wollen Sie für uns nicht gleiches Recht gelten lassen, weil unser Fonds vielleicht einige Thaler mehr beträgt, oder weil Hannover zu unseliger Stunde den unseligen Titel „Königreich" erhielt? Ebenso wenig wie in jenen Staaten waren in Hannover Staats- und Provinzialzwecke geschieden. Allerdings gab es Provinzialstände, es waren dies aber thatsächlich nur Communalstände und die hannoversche Landesvertretung fungirte ebenso als Staats- wie als Territorial-Vertretung. Die erstere ist in dieses Haus übergegangen, die Rechte der letzteren müssen dem Provinzial-Landtage der jetzigen Provinz Hannover mit allen früheren Rechten übertragen werden. Der Einwand, daß durch die Herstellung eines besonderen Fonds die jetzige Gestaltung Hannovers verewigt würde, ist für mich nicht schlagend.

Die Provinz selbst wünscht ihren bisherigen Bestand, und der Umstand, daß man trotz aller Agitation nichts weiter als einen Beschluß der Emdener Handelskammer erzielen konnte, ist Beweis genug dafür. Wenn diese eine Aenderung wünscht — nun, lassen wir sie nach ihrer Façon selig werden! Die vom Abg. v. Vincke gegen die Vorlage vorgeführten Finanztableaux stürmten in so sinnbethörender Flucht bei meinem Ohre vorbei wie ein Cavallerie-Regiment, und ich habe den anwesenden Herrn Director des statistischen Bureau's ersucht, in Zukunft für ähnliche Fälle uns einige Rechenmaschinen zur Disposition zu stellen. Mir ward von alledem so dumm, als ging mir ein Mühlrad im Kopfe herum. Ob die Ansprüche, die die Provinz Hannover an den Staat stellt, klagbar sind oder nicht, halte ich für eine untergeordnete Frage. Ich denke, wenn wir als Repräsentanten des preußischen Volkes uns mit den neu hinzugetretenen Mitbürgern auseinandersetzen, so dürfen diese erwarten, daß wir uns nicht auf den Standpunkt eines chikanösen Processes stellen, sondern loyal der Provinz geben, was der Provinz ist, und dem Reiche, was des Reichs ist. Auch für die übrigen Provinzen würde sich ein solcher Provinzialfonds leicht schaffen lassen, wollte der Staat zu diesem Zwecke auf die Grund- und Gewerbesteuer verzichten, die ihrer Natur nach viel eher auf eine Verwendung für lokale Zwecke hinweist. Eine solche Decentralisation für den ganzen Staat halte ich für nothwendig, denn die jetzige Eintheilung in Provinzen, Kreise und Gemeinden ist nur eine mechanische Unterabtheilung des Staatswesens, die französisch, keltisch, mexicanisch und alles mögliche ist, dem germanischen Geiste aber vollkommen widerspricht. In früherer Zeit war nur das Kriegswesen und die Rechtsprechung centralisirt, während Städte, Dorfgemeinden, Gau- und Stammverbände sich selbst regierten. Dies allein ist das richtige Prinzip, und nirgends hat man einen besseren Beweis dafür, als in der französischen Präfectenwirthschaft.

Man muß selbst in einer französischen Provinzialstadt gelebt haben, um die Oede und Langeweile zu kenneu, die über derselben schwebt, weil sie sich bis auf den Sperling auf dem Dache abhängig weiß von dem Minister in Paris. Gerade das Gegentheil davon sehen Sie in England, wo man von Anfang an die richtige Grenzregulirung zwischen Staat, Grafschaft und Gemeinde vorgenommen hat; ich kann mich hierbei auf das Zeugniß einer Autorität in diesem Hause berufen, wie sie England selbst nicht aufzuweisen hat — den Professor Gneist. Die Frage, woher wir den übrigen Provinzen gegenüber den Muth hernehmen werden, für die Bewilligung eines Fonds an Hannover zu stimmen, beantworte ich dem Abg. v. Benda dahin, daß wir ihn ebendaher nehmen werden, woher er den Muth nahm, für die 16 Millionen zur Abfindung des Königs Georg zu stimmen. Man verlangt zuerst einen vollständigen Plan für alle Provinzen vorgelegt. Ich meine, die Weltgeschichte läßt sich keinen Plan ihrer Entwicklung vorschreiben, und wenn man jede Reform verschiebt, weil man nicht weiß, wo man anfangen soll, so erinnere ich Sie an die sprichwörtlich gewordenen querelles allemandes. Eine Reform zieht naturgemäß die andere nach sich, und nehmen Sie heute diese Vorlage an, so werden sich in Kurzem auch die anderen Provinzen derselben Autonomie zu erfreuen haben, wie Hannover. Si parva licet componere magnis — auch Nassau annectirte in den Jahren 1806 bis 15 zahlreiche Territorien mit bedeutendem Domanialvermögen, aber nicht geringeren Kriegsschulden. Der Herzog einverleibte die Activa dem Fiscus, auf dessen Besitz er selbst Anspruch machte, die Passiva vertheilte er dagegen auf die Gemeinden, welche dieselben auch bezahlen mußten.

Gerade durch dies Verfahren ist dem Ländchen die Operation des Preußischwerdens — die bei dem Mangel an Gewohnheit immer schmerzlich bleibt — (Heiterkeit) bedeutend erleichtert worden. Ich bitte Sie, den Hannoveranern durch Ablehnung der Vorlage nicht Veranlassung zu ähnlichen Klagen zu geben. Von Ihnen, den Conservativen der alten Provinzen, erwarte ich es um so mehr, als Sie selbst wissen werden, daß in England die Selbstverwaltung das Credo der conservativen Partei, des angesessenen Adels ist. Die liberale Partei will ich daran erinnern, daß sie schon Jahre lang darauf hinarbeitet, einen zwischen Staat und Kreis stehenden selbstständigen Verband zu schaffen; ich hoffe, sie wird jetzt, wo der erste Schritt dazu geschehen soll, diesen nicht deshalb zurückweisen, weil sie nicht weiß, ob die andern Schritte folgen werden. Die Mitglieder der neuen Provinzen aber mögen sich darüber klar sein, daß sie jedenfalls besser fahren werden, durch Befolgung der Grundsätze des Abg. Miquel als der des Abg. Vincke, die uns zur „Demuth" verurtheilen. Die Regierung hat bereits erklärt, daß ihr durch die Ablehnung des vorliegenden Gesetzentwurfs der Muth genommen würde, auf dem eingeschlagenen Wege der Emancipation vom Staate weiter fortzuschreiten; hüten Sie sich, durch Ihren Beschluß dieselbe auf eine Bahn zu drängen, die Ihren Wünschen diametral entgegengesetzt ist. Unser Wahlspruch sei: Parcere subjectis et debellare superbos; mit den Letzteren haben Sie sich am Sonnabend ausreichend beschäftigt, berücksichtigen Sie heute die Ersteren. Vielleicht hätte der Entwurf noch eine reiflichere Vorarbeit verlangt, die Motive mögen noch nicht genügend geklärt sein, die Vorlage erscheint uns noch wie „ein Strudel mit rasendem Toben", dennoch hoffe ich, werden wir nach Jahren sagen können: „Er war uns zum Heil, er riß uns nach oben." (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Abg. v. Vincke (Olbendorf) (gegen die Vorlage). Der Ministerpräsident hat sich an die Partei gewendet, die die Regierung unterstützt; ob ich zu dieser Partei gehöre, weiß ich nicht; das bin ich mir bewußt, daß ich mit dem festen Vorsatz hierhergekommen bin, den Herrn Ministerpräsidenten zu unterstützen, aber den vorliegenden Gesetzentwurf kann ich nicht annehmen. Ich habe auch die Ehre, in Westfalen geboren zu sein, stimme aber gegen die Vorlage, nicht um den neuen Provinzen irgend etwas nicht zu gönnen, sondern weil ich überlegen muß, ob ich den alten Provinzen nicht Unrecht thue, wenn ich den Provinzialfond bewillige. Ich halte diese Vorlage allerdings für ein Präcipuum. Was für Folgen hätte die Bewilligung für den Staat? Zur Beantwortung dieser Frage mußten Rechnungen zusammengestellt werden und ich glaube, daß den Herren aus Hannover, wenn sie in ihre Provinz zurückkommen, diese Zusammenstellung sehr nützlich sein wird.

Der Schluß wird wiederum abgelehnt.

Abg. Graf Schwerin gehört nicht zu den Abgeordneten, die als ausgesprochene Regierungscandidaten gewählt sind, sondern versichert im Gegentheil, daß er gegen die Organe der Regierung gewählt ist; aber als unabhängiger Abgeordneter, der sich an kein verpflichtendes Programm im Voraus gebunden hat, wird er die Politik des Ministerpräsidenten im Großen und Ganzen unterstützen und seine Wähler wissen das von ihm im Voraus. Was heute vorliegt, ist keine finanzielle, sondern eine politische Frage. Man will Hannover nichts nehmen und nichts schenken, sondern man hat darüber zu entscheiden, ob über gewisse Mittel zu provinzialen Leistungen durch das Organ der Provinz oder durch die Centralorgane des Staates verfügt werden soll. Eine solche Auseinandersetzung ist geboten und kann bejaht werden, ohne damit einen Verfassungsbruch zu begehen, zumal sie ein mächtiger Schritt von der büreaukratisch centralisirenden Verwaltung zu der die Freiheit fördernden Selbstverwaltung ist. Es handelt sich hier nicht um klagbare Posten, sondern um eine moralische Verbindlichkeit. Die Regierungsvorlage ist nach allen Richtungen hin als ein bedeutender Gewinn für Preußen zu betrachten. Den Herren, die sich auf den Patriotismus der Hannoveraner stützen, bemerke ich, daß Patriotismus eine Frucht ist, die nur sehr langsam reift. Durch die Annahme der Vorlage wird auch der inneren Organisation nach der Richtung, die wir Alle wünschen, Vorschub geleistet, und es ist besser, wenn wir in irgend einem Punkte etwas Gewisses haben, als wenn wir uns auf die Versprechungen der Regierung verlassen. Ich bitte Sie deshalb, dem Gesetzentwurfe, wie er aus den Berathungen der Commission hervorgegangen ist, Ihre Zustimmung zu geben.

Abg. v. Diest (für sein Amendement): Die Staatsregierung ist sich über manche Momente der Vorlage selbst noch nicht klar. Die Stimmung in Hannover hat durchaus kein Gewicht in dieser Frage, auch wird sie, wie es in dem Briefe eines hochgestellten Beamten aus Hannover heißt, durch die Bewilligung des Provinzialfonds keineswegs besser werden. Ein anderer Brief eines ganz einfachen Mannes sagt, man wäre der Meinung, daß Preußen ein böses Gewissen habe und es durch diese Bewilligung wieder beschwichtigen wolle. Wie der Abg. Lasker gegen die Entschädigung an die Depossedirten und für diese Vorlage sprechen konnte, ist mir nicht ergründlich. Der Herr Abg. Miquel glaubte dem Herrn Abg. v. Vincke mit juridischer Schärfe entgegenzutreten, indem er die Forderungen klar stellen wollte, die klagbar wären, u. A. die der Judenschaft; haben Sie den Eindruck bekommen, daß diese Forderung klagbar sei? Der Herr Ministerpräsident sagt, er habe nicht vernommen, daß die Wähler vor den Wahlen die Abgeordneten wegen der vorliegenden Frage interpellirt hätten. Das ist richtig; aber diese Interpellationen kommen in der Regel erst sehr langsam zu Tage. So ist z. B. der pommersche Charakter sehr langsam, aber desto intensiver, wenn er auf den rechten Weg kommt. Viele von uns sind an manche Fragen mit Schwanken getreten, aber es ist ihnen zu Hause bange gemacht worden. In dem Vortrage des Herrn Abg. Braun habe ich nichts Sachliches, Praktisches bemerkt; es ist daher Nichts in ihm zu widerlegen.

Ich hoffe, daß der Herr Ministerpräsident in seiner Weise auch in dieser schwierigen Frage einen festen Griff thun wird, und möchte ihm Zeit lassen, uns einen festen Plan vorzulegen. Allerdings ziehe ich ein Definitivum dem Provisorium vor, und möchte die Sache gern aus der Welt geschafft sehen; aber ich ziehe das Provisorium immer noch dem Unklaren vor. Wir wissen, was wir dem Grafen Bismarck verdanken, und stützen ihn als freie Männer; wenn wir aber gewissenhafter Weise Nein sagen müssen, so wird er unserer Lage Rechnung tragen und sie verstehen. Unsere Stellung ist, wie sie ist. (Heiterkeit.) — Wir glauben der Staatsregierung durch Nichtbewilligung der Vorlage einen Dienst zu leisten. Die conservative Partei rechnet es sich zur Ehre an, der Regierung eine Stütze gewesen zu sein, und wird es auch bleiben.

Graf Bismarck: Ich erlaube mir auf die Aeußerungen des Herrn Vorredners in Betreff seines Wahlkreises einige Worte, weil ich gewissermaßen, wenn auch indirekt, zu seinen Urwählern gehöre. (Heiterkeit.) Ich kenne diesen Wahlkreis genau, vielleicht genauer, als der Herr Abgeordnete, weil ich länger dort angesessen gewesen bin, als er, und ich glaube, daß man mir dort allerseits, wenigstens von Seiten derer, die für den Herrn Abgeordneten gestimmt haben, zustimmen wird, wenn ich behaupte, das Heben und Stützen kann mir Nichts helfen, wenn es nicht in der Gesammtheit geschieht; ich kann mich nicht partiell heben und stützen lassen (Heiterkeit); ich muß so gehoben und gestützt werden, wie ich in der Gesammtheit vorhanden bin; und wenn der Herr Vorredner von seinen Wählern böse Worte fürchtet, so empfehle ich ihm das Recept, zu sagen, er habe mit mir gestimmt, und ich bin sicher, man wird ihm verzeihen. (Beifall und Heiterkeit.)

Die allgemeine Discussion wird geschlossen.

Präsident v. Forckenbeck: Der Herr Berichterstatter hat das Wort. (Große Unruhe und Widerspruch in der Versammlung. Vielseitiger Ruf: Verzichten! Verzichten!)

Referent Abg. Kannegießer: Ich werde kurz sein. (Stürmischer Beifall.) Zunächst sage ich der Staatsregierung Dank dafür, daß sie sich mit den Vorschlägen der Commission einverstanden erklärt hat. Mit allen juristischen Deductionen und scharfsinnigen arithmetischen Berechnungen annectiren Sie weder, noch assimilren Sie die neuen Provinzen. Ich bitte Sie deshalb, den Commissionsantrag mit dem Amendement Francke anzunehmen, event. aber das Amendement Kardorff; alle übrigen Amendements aber zu verwerfen.

Es folgen einige persönliche Bemerkungen. Wir heben daraus folgende hervor.

Abg. v. Benda: Der Abg. Braun (Wiesbaden) hat gesagt, ich möchte den Muth, für die Vorlage zu stimmen, doch daher holen, woher ich den Muth geholt habe, um neulich für den Vertrag mit dem König Georg zu stimmen. Ich acceptire einmal das Wort „Muth". Allerdings, m. H., gehörte ein gewisser Muth dazu, und hätte ich meinem natürlichen Gefühle allein folgen wollen, so würde ich vielleicht dazu gekommen sein, wie Herr Braun, mich der Abstimmung zu enthalten. (Hört! hört! Sehr gut! Beifall links.) Ich glaube nämlich nicht, daß es in dieser Frage für einen politischen Mann wohlgethan war, sich der Abstimmung zu enthalten. (Beifall links.) Den Vorwurf wegen Mangel an Muth begreife ich deshalb nicht aus einem Munde, aus welchem ein halbes „Ja" und ein halbes „Nein" kam. Ich habe meine Gründe klar und offen entwickelt, weshalb ich neulich mit „Ja" gestimmt und heute mit „Nein" stimmen werde. (Beifall.)

Abg. Braun (Wiesbaden): Dem Abg. v. Benda entgegne ich, daß die Gründe, weshalb ich, trotzdem ich gegen die Vorlage zum Worte gemeldet war, doch nicht gestimmt habe, von mir heute schon erörtert worden sind; weil es mir nämlich nicht möglich war, in Folge des angenommenen Schlusses die Gründe meines Votums anzugeben.

Es folgt die Special-Discussion über § 1 der Commissionsvorlage, Nr. 1 des Amendement Brauchitsch und § 1—4 des Amendement Bonin. In die Rednerliste sind eingeschrieben 14 Redner für, 15 Redner gegen das Gesetz.

Regierungs-Commissar Wollny: Es ist durchaus nicht richtig, wenn man in die Debatte immer die Frage hineinwirft, ob der Provinz Hannover ein Recht zustehe an das Domanialvermögen oder an eine dem entsprechende Dotation aus der Staatskasse. Der hannoversche Provinziallandtag hat einen solchen Rechtsanspruch nicht erhoben und die Staatsregierung hat einen solchen nicht anerkannt; es waren vielmehr andere Gründe vorhanden. Es kann auch von einer Schenkung nicht die Rede sein, sondern lediglich von einer Vereinigung zwischen der Staatsregierung und der Provinz Hannover, wonach gewisse Verpflichtungen, welche bis jetzt der Staatskasse oblagen, auf den Provinzialverband gegen eine entsprechende Entschädigung übertragen werden sollen. — Es ist nun ferner gesagt worden, daß dadurch eine Ungleichheit zwischen den alten und neuen Provinzen hervorgerufen werde. Gleichstellung aller Provinzen ist eine Anforderung der Gerechtigkeit, ihre Durchführbarkeit aber ist ein nicht allgemein zu verwirklichendes Problem. — Auch in anderen Verwaltungszweigen besteht eine solche absolute Gleichstellung nicht unter den alten Provinzen; so z. B. in Betreff der Justizkosten; so ist z. B. die Justiz in der Rheinprovinz ganz unentgeltlich.

Die Verschiedenheit, um die es sich hier handelt, soll aber nicht erst eingeführt werden, sondern sie ist schon vorgefunden worden und besteht auf gesetzlicher Grundlage. Die Provinz hat gegenwärtig gesetzlich nicht die Pflichten, für die im Gesetze angegebenen Zwecke aus Provinzialmitteln zu sorgen. Im Interesse der Gleichstellung mit den übrigen Provinzen eine solche Ausgleichung aber heute herbeizuführen, wäre eine große Härte gegen eine Provinz, die sich schon vielfach in ihrem Rechte verletzt glaubt, in ihren materiellen und individuellen Interessen, und es möchte sich wohl nicht empfehlen, dabei eine Maßregel zu ergreifen, für deren Gerechtigkeit nicht blos dem gemeinen Mann in Hannover das Verständniß abgeht, sondern auch den anderen Gesellschaftsklassen ein anderes Urtheil nicht möglich ist. Dies ist um so schlimmer, als in der Provinz das Bewußtsein vorherrschend ist, daß ja durch Uebertragung des Domanialfonds in die Staatskasse aus der Provinz die Mittel zu jenen Leistungen hergegeben worden sind. Redner wendet sich sodann gegen die Berechnung des Abg. v. Vincke (Olbendorf), behauptet, daß durch die Annahme der Vorlage ein namhafter Schritt zur Decentralisation gemacht werde, verlangt aber die dauernde Gewährung der Mittel durch Capital event. Rente, die vorübergehende oder jährliche Bewilligung genüge nicht, da die Provinz dauernde Verpflichtungen dafür übernehmen müsse. Nachdem er sich schließlich noch gegen die Ausführungen des Abg. v. Benda gewandt, empfahl er 1) principaliter die Vorlage der Regierung; 2) event. den Commissions-Antrag; 3) eventualissime das Amendement Kardorff; bat aber um Ablehnung aller übrigen Amendements.

Reg.-Commissar Mac Lean widerlegt die Ziffernaufstellung des Abg. v. Vincke und geht näher auf die Zwecke des beanspruchten Fonds ein.

Nach diesen beiden ziemlich langen Vorträgen der Commissare will der Präsident gegen 4 Uhr die neue Rednerliste, die etwa 30 Namen zählt, abwickeln, aber der laute Ruf nach Vertagung unterbricht ihn. Auch eine Abendsitzung um 7 Uhr wird proponirt, aber die Mehrheit des Hauses, ermüdet wie sie ist, weist diesen Vorschlag, der dem Eifer entspringt, die Vorlage um jeden Preis noch heute zu erledigen, zum Glück für die Berichterstattung zurück.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (Tages-Ordnung: Fortsetzung der heutigen und verschiedene Berichte der Commissionen für Gemeindewesen und für Handel und Gewerbe.)

Berlin, 5. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Redanten der Porzellan-Manufacturen-Hauptkasse, Geheimen Rechnungs-Rath Bier zu Berlin, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; und dem Bau-Inspector Koebke zu Bialosliwe den Charakter als Bau-Rath verliehen.

[Bekanntmachung.] In der vergangenen Nacht sind die Telegraphen-Leitungen nach England via Emden, nach Rußland via Eydtkuhnen, nach Königsberg in Pr. und nach Oesterreich durch den Sturm unterbrochen, die nach Dänemark und Bremen gestört worden. Die Wiederherstellung ist eingeleitet. Berlin, den 5. Februar 1868. Telegraphen-Direction. Rother.

Der Thierarzt erster Klasse August Ferdinand Giese zu Hirschberg ist zum Kreis-Thierarzt des Veterinair-Bezirks Malmedy-Montjoie ernannt worden.

Berlin, 5. Februar. [Se. Majestät der König] arbeiteten heute Vormittag mit dem Geheimen Cabinets-Rath von Mühler und empfingen den Ober-Jägermeister Grafen Eberhard Stolberg und den Regierungs-Präsidenten Freiherrn v. Hardenberg.

[Ihre Majestät die Königin] ertheilte gestern dem neuernannten königlich baierischen Gesandten die nachgesuchte Antritts-Audienz und erschien Abends mit Sr. Majestät dem Könige auf dem Feste des kaiserlich französischen Botschafters.

[Se. königl. Hoheit der Kronprinz] nahm gestern militärische Meldungen entgegen, ertheilte dem Ritterschafts-Rath v. Pfuel und dem Ober-Bürgermeister von Frankfurt a. M., Dr. Mumm, Audienzen und erschien Abends in der Soirée des kaiserlich französischen Botschafters. (St.-A.)

[Ihre Majestät die Königin] hat an das Comite des Bazars zur Milderung des Nothstandes in Ostpreußen folgende Antwort auf dessen Schreiben ertheilt, durch welches die bisherigen Erträge dieses Unternehmens Allerhöchstihr zur Verfügung gestellt werden:

In Erwiederung des Schreibens, welches Sie im Auftrage des gesammten Comite's an Mich gerichtet haben, danke Ich Ihnen, so wie Allen, welche dem Bazar für die Nothleidenden in Ostpreußen zu einem so großartigen Erfolge verholfen haben, mit dem Gefühle der warmen Anerkennung, welche der ernsten Bedeutung unserer gemeinsamen Aufgabe entspricht. Ich werde die eingegangene Summe von 52,000 Thlrn. und die noch in Aussicht stehenden Beträge dem Vaterländischen Frauenverein mit der Bestimmung überweisen, daß über ihre Verwendung in den nächsten 3 Monaten gleichmäßig verfügt werde. Die allseitige Bereitwilligkeit, mit welcher unser Unternehmen unterstützt wurde, beweist von Neuem, wie das wahre Mitgefühl im In- und Auslande das deutsche Bewußtsein verbindet und bei entscheidender Veranlassung seine volle Thatkraft bewährt.

Berlin, den 5. Februar 1868. gez. **Augusta.**

An die Vorsitzende und die Stellvertreterin des Comites für den Bazar zum Besten der Nothleidenden in Ostpreußen, Frau Ida von Patow und Frau Luise Borsig hierselbst.

[Herrenhaus.] Durch Allerhöchsten Erlaß vom 22. Januar d. J. ist, in Folge Präsentation der Stadt Berlin, der Stadtrath, Geh. Ober-Finanzrath a. D. Wilckens zum Mitgliede des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen.

[Die hannoverschen Deserteure.] Wie die „Kreuz-Ztg." hört, beabsichtigt die französische Regierung, die in Straßburg befindlichen Hannoveraner zur Fremdenlegion nach Algier zu schicken. Die armen Verführten!

[General Schurz und der Ministerpräsident.] Bekanntlich machte der General Schurz während seines hiesigen Aufenthaltes auch dem Grafen Bismarck einen Besuch. Aus der Unterhaltung, welche sich entspann, wird dem Correspondenten des „Frkf. Journ." folgende charakteristische Aeußerung des Ministerpräsidenten mitgetheilt. Schurz sprach von der Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit einer Revolution in

Paris, und von dem Einfluß, den ein solches Ereigniß auf den ganzen Gang der Politik in Europa haben müsse. Graf Bismarck gab zu, daß in vielen europäischen Staaten ein solches Ereigniß nicht ohne Wirkung bleiben würde, stellte eine solche Wirkung aber für Deutschland und speciell für Preußen ganz entschieden in Abrede, und sagte dabei: „Wenn in Paris Revolution ausbricht, so würde ich, falls sich die Nothwendigkeit herausstellen sollte, ohne Bedenken mit der ganzen Armee, stehendem Heer und Landwehr das Land verlassen, es würde ganz ruhig bleiben!“ — Wir möchten wohl wissen, ob der Correspondent diese Mittheilung aus dem Munde des Grafen Bismarck oder dem des General Schurz hat.

[Für die Debatte über den Provinzialfonds] ist heute Abend noch von dem Abg. Graf Westarp ein sehr zahlreich unterstützter Antrag eingegangen: die Summe von 500,000 Thlrn. als dauerde Rente für die Provinz Hannover zu bewilligen, gleichzeitig aber auch in diesem Gesetz die Wahrung der gesetzlichen Cautelen in dem Vorbehalt der Einführung der Selbstverwaltung und der Begründung derartiger Provinzialfonds für alle übrigen Provinzen des Staates auszusprechen. Der Antrag hat Aussicht auf Annahme, indem er ein Vermittelungsvorschlag zur Verbindung der in dem Antrage des Abg. v. Kardorff und in dem Antrage des Abg. Dr. Francke (Oldenburg) ausgesprochenen Principien ist.

Hannover, 5. Febr. [Dementi.] In hiesigen unterrichteten Kreisen ist von der Ernennung eines Militär-Gouverneurs für die vereinigten Provinzen Hannover und Hessen-Nassau, welche von mehreren Zeitungen als angeblich bevorstehend angekündigt wird, Nichts bekannt.

Dresden, 5. Febr. [Das Rekrutirungswesen.] Wie an unterrichteter Stelle versichert wird, soll demnächst das Rekrutirungswesen von Bundeswegen durch eine umfassende Ausführungsverordnung zu dem Bundesgesetze vom 9. November v. J., betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste nach einheitlichen Grundsätzen für das gesammte Bundesgebiet geregelt werden.

München, 5. Febr. [Nach dem heutigen Bulletin über das Befinden der Königin-Mutter,] welche an einem acuten Gelenk-Rheumatismus erkrankt ist, hat das Fieber etwas zugenommen; die Gelenkaffection hat größere Ausbreitung gewonnen; die letzte Nacht wurde größtentheils schlaflos zugebracht.

Stuttgart, 5. Febr. [Die Abgeordnetenkammer] genehmigte in ihrer heutigen Sitzung das Gesetz, betreffend die neuen Eisenbahnanlagen. Das dazu erforderliche Baucapital im Betrage von 36 Millionen soll im Anleihewege aufgebracht werden.

Oesterreich.

φ. **Aus Westgalizien,** 3. Febr. [Die Dementis der russischen Journale. — Ein panslavischer Agent. — Der Nothstand in Galizien.] Wenn auch die russischen Journale, darunter zumal die „Moskowskija Wiedomosti“, vor einiger Zeit erklärten, daß die russischen Emissäre in Galizien und in den andern slavischen Ländern Oesterreichs eine Fiction der Wiener Regierung seien, so begreift hier doch Jedermann, daß jene Declaration der russischen Presse nur eine Täuschung des Auslandes beabsichtigt, welchem das Petersburger Cabinet als überaus friedlich und freundnachbarlich dargestellt werden soll. Was nun speciell jene in Abrede gestellte Existenz der russischen Emissäre betrifft, so hatten wir hier gerade in den jüngsten Tagen wieder Gelegenheit, uns von dem Gegentheil der Behauptung der russischen Blätter zu überzeugen. Vor etwa acht Tagen nämlich ward den galizischen Behörden einer jener Kundschafter Namens Labador signalisirt, der auch einige Zeit in Posen und Krakau sich umhergetrieben, und später in Gesellschaft der enragirtesten Ruthenenführer Lemberg's sowie im ruthenischen Casino jener Stadt gesehen ward. Plötzlich verschwand Labador aus Lemberg und einen Tag später traf ein Telegramm aus Krakau ein, das die Gefährlichkeit jenes Individuums constatirte und seine sofortige Ausweisung empfahl. Labador war aber schon mittlerweile jenseits der russischen Grenze angekommen und richtete aus dem volhynischen Städtchen Radziwilow an ein Mitglied des ruthenischen Casinos in Lemberg ein Schreiben, das in einer vertraulichen Sitzung vorgelesen ward. Labador machte in dem Briefe unter Anderem über die österreichische Polizei sich lustig, von deren Absichten er gut unterrichtet gewesen sei, ermahnte die Ruthenen zum Ausharren an der slavischen Sache und versicherte, daß Rußland derselben sich bald thätig annehmen werde. — Der Nothstand nimmt auch in vielen Gegenden Galiziens in schreckenerregender Weise überhand. Namentlich ist das Elend in dem Karpathengebirge ein großes, wo in vielen Orten der Hungertyphus grassirt, der zahlreiche Opfer fordert. Im Jasloer, Sandecer und Sanoker Kreise steht eine ganze Reihe Dörfer leer, deren Einwohner aller Nahrungsmittel ledig, sich nach allen Richtungen als Bettler zerstreut haben und jammernd die Edelhöfe umlagern oder in den Städten und Flecken um Almosen bitten. Daß es unter solchen Umständen auch mit der öffentlichen Sicherheit schlimm bestellt, ist selbstverständlich, ja es verstreicht fast keine Woche, in der wir nicht von Mordthaten, Einbrüchen, Diebstählen und andern Verbrechen — zumal auf dem Lande — hören. Unsere Behörden scheinen zu sehr von der Wichtigkeit der hohen Politik in Anspruch genommen, um ihre Aufmerksamkeit jenen schrecklichen Zuständen zu schenken, welche bloße Privatmildthätigkeit nicht aufzubessern im Stande.

Belgien.

Brüssel, 29. Jan. [Die zweite Kammer] hat gestern die Verhandlung über das Militärgesetz wieder aufgenommen, doch ergeht man sich noch immer in Systemfragen, über welche die Ansichten sehr weit aus einander gehen. Der Kriegsminister Renard erklärte, daß die Regierung in Uebereinstimmung mit den Commissionen von 1851 und 1866 glaube, daß eine Armee von 100,000 Mann auf dem Kriegsfuße genüge; diese bestehe aber nur auf dem Papiere und es fehlen, in Folge des Milizgesetzes, daran zum wenigsten 15,000 Mann. Es sollen nun die Bestimmungen von 1851 verwirklicht werden, sonst aber würde außer der Festungs-Artillerie, deren Vermehrung Antwerpen erheische, keine Vermehrung der Armee eintreten. Die vorgeschlagene Demolirung der Festungen von Lüttich und Namur könne er nicht zugeben, denn die Maas spiele eine große Rolle in der Vertheidigung des Landes, die Citadellen von Lüttich, Namur und Diest wären von großem Nutzen. Die Lasten, welche die Armee dem Lande auferlege, seien geringer als in Oesterreich, Frankreich, Dänemark, Baiern, Holland, Italien, Schweden und Preußen. Der Minister schloß mit einem beredten Aufruf an den Patriotismus des belgischen Volkes. Ferner ersieht man aus den Erklärungen, welche der Kriegs- und der Finanz-Minister geben, daß der gegenwärtige Zustand der Festung Antwerpen vortrefflich ist, daß die projectirten neuen Werke die Stärke des Platzes jedoch verdoppeln werden, daß die Regierung aber nicht alle wünschenswerthen Arbeiten sogleich ausführen will, sondern nur das Nöthige.

[Der Minister des Innern] ist in Charleroi mit 1438 von 1537 Stimmen wiedergewählt worden. Ebenso wurde in Brüssel der Minister der öffentlichen Arbeiten, Herr Jamar, mit 1203 von 1285 Stimmen wiedergewählt.

Antwerpen. [Das Ende des Jesuiten-Processes.] Der „K. Z.“ meldet man von hier, daß der famose Proceß Debuck, der seit so vielen Jahren schon von Zeit zu Zeit immer wieder die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch nahm, endlich ein Ende gefunden hat. Wie berichtet, wurde Benoit Debuck im Mai 1864 in Anklage versetzt wegen eines angeblich von ihm geschriebenen Briefes mit Todesdrohungen gegen den Provinzial der Jesuiten, den Pater Bossaert. Dieser Drohbrief bezog sich auf die Erbschaft des in Antwerpen verstorbenen Deboey, der zum Nachtheile seines Neffen und nächsten Erben Debuck sein Vermögen einem Advocaten Valentins vermacht hatte, von dem man annahm, daß er, da er zu Deboey gar keine näheren Beziehungen hatte, nur eine Mittelsperson sei, um die Erbschaft den Jesuiten zu überweisen, von denen Deboey in seinen letzten Lebensjahren umgeben war und durchaus beherrscht wurde, die auch des Verstorbenen Familie ganz von ihm getrennt gehalten und bei den Anklagen gegen den jungen Debuck eine Hauptrolle gespielt hatten. Debuck wurde vor den Assisen freigesprochen und erhob nun eine Civilklage auf Annullirung des Testamentes, weil dasselbe mit Umgehung des Gesetzes, durch die Zwischenstellung Valentyns', die Gesellschaft Jesu zu Erben einsetze, was nach belgischem Rechte nicht zulässig ist. Der Gerichtshof zu Brüssel erklärte sich incompetent, deshalb ward die Klage vor dem Gerichtshofe zu Antwerpen erneuert, der sie aufnahm. In der Zwischenzeit starb der Advocat Valentyns, der Universalerbe durch Deboey's Instrument und vermachte das Vermögen an seine Schwester; diese verzichtete darauf und die Erbschaft fiel an ihren Bruder, den früheren Notar Valentyns zu Laeken. Der Gerichtshof von Antwerpen erließ im vorigen Jahre ein Urtheil, welches Debuck zum Zeugenbeweis für seine Behauptung zuließ und den Richter von Cutsem-Molyn mit der Zeugenaufnahme beauftragte. Hundert und sechs Zeugen wurden gehört und die Zeugenaufnahme ward Ende Decembers vorigen Jahres geschlossen. Das Ergebniß dieser Zeugenaufnahme hat nun den Notar Valentyns veranlaßt, auf die Erbschaft zu verzichten, weil, obschon sein Bruder bis an sein Ende erklärt habe, keinen Auftrag zu Gunsten der Jesuiten erhalten zu haben, dennoch Zweifel in seinem Gewissen über die Rechtmäßigkeit der Erbschaft entstanden seien. Zu gleicher Zeit hat der Jesuitenpater von Alsenoy, ein anderer Neffe Deboey's, dem von Rechts wegen ein Viertheil der Erbschaft zugesprochen war, auf dieses Viertheil gleichfalls verzichtet, und so kommt die ganze Erbschaft jetzt an Debuck und die anderen natürlichen Erben des alten Deboey. Die Erbschaft soll sich auf 800,000 Fr. belaufen. Man hatte sie gerüchtsweise auf mehrere Millionen angegeben.

Amerika.

A.A.C. New-York, 16. Januar. [Zur Wiedereinsetzung Stantons.] Der Correspondent der „New-York World“ erstattet folgenden Bericht über eine Unterredung mit dem Präsidenten Johnson in Washington bezüglich der Wiedereinsetzung Stanton's als Kriegsminister.

„Auf meine Frage, ob nicht zwischen dem Präsidenten und General Grant noch vor dem Senatsbeschluß eine gewisse Verständigung existirt habe, antwortete Herr Johnson: „Die Generäle Grant und Sherman besuchten mich am Sonnabend im Weißen Hause und blieben wir bei der schon früher gefaßten Verabredung stehen, daß Grant entweder, um dem Senatsbeschluß zuvorzukommen, sein Amt als Kriegsminister niederlegen, oder seine Absicht kund geben möge, dasselbe so lange innezuhalten, bis das Recht des Senates, Stanton wieder einzusetzen, nachgewiesen werden könne, Am Sonntag wurde mir durch die Senatoren Johnson und Sherman die Mittheilung gemacht, daß eine Anzahl Radikaler von beiden Häusern des Congresses gewillt sei, die Angelegenheit Stanton's fallen zu lassen, wenn ich geneigt wäre an Stelle Grant's den Exgouverneur von Ohio, Cox, zum Kriegsminister zu ernennen. Ich lieh diesem Vorschlage dedoch kein Gehör. Am Dienstag Abend 11 Uhr empfing ich den Brief vom General Grant, der seitdem veröffentlicht worden ist, in welchem er mir die Niederlegung seiner Funktionen als Kriegsminister anzeigte.

Auf meine fernere Frage, ob der Präsident in Folge des Senatsbeschlusses Stanton als Kriegsminister anerkennen werde, antwortete Johnson mit fester Stimme: „Nein. Der Senat hat nicht das Recht, Stanton wieder einzusetzen. Diese Maßregel ist gesetzwidrig. Der Kriegsminister kann Befehle nur auf Anordnung oder mit der Uebereinstimmung des Präsidenten erlassen; da aber Herr Stanton von der Executivgewalt keine Instructionen empfangen wird, ist seine Wiedereinsetzung in das Kriegsdepartement nur imaginär.“

Ich wagte nun dem Präsidenten gegenüber die Vermuthung auszusprechen, daß daher binnen kurzer Zeit die Ernennung eines neuen Kriegsministers erwartet werden könne. „Zur geeigneten Zeit,“ erwiederte Johnson, „wird dies geschehen.“ Er war jedoch der Ansicht, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten Stanton zur Resignation seines Amtes verleiten dürften. Der Präsident bemerkte im Laufe dieser Unterredung, daß er in dieser Angelegenheit stets nach einem constitutionellen Prinzip agirt habe.“

A. A. C. Newyork, 18. Jan. [Mac Culloch und Stanton.] Die Mittheilung, daß der Finanzminister Mac Culloch sein Departement angewiesen habe, den Kriegsminister Stanton officiell nicht anzuerkennen, beruht auf Unwahrheit. Hr. Stanton übt seine amtlichen Functionen ungestört aus und unterhält auch officiellen Verkehr mit den andern ministeriellen Departements, ist aber bis jetzt vom Präsidenten Johnson noch nicht in officieller Weise anerkannt worden.

[Das Finanz-Comite des Senates] hat über die Bill berichtet, der zufolge die „Legal-Tender-Acte“ wieder in Kraft gesetzt wird.

[Das Repräsentantenhaus] hat der Senatsbill, der zufolge die Ermächtigung des Finanzministers die Geldwährung (Currency) zu vermindern, aufgehoben, statt suspendirt wird, seine Zustimmung nicht ertheilt. Die Bill geht demnach an den Senat zurück.

[Amtsentsetzung.] Auf Grund militärischer Autorität ist die Gerichtsbarkeit des Richters Word zu Selma in Alabama unterdrückt worden, in Folge einer Weigerung des Richters, Neger-Geschworne anzuerkennen. — General Meade hat den Staats-Controleur von Georgia seines Amtes entsetzt und ihm einen militärischen Nachfolger gegeben.

[Aufhebung der Schuldhaft.] Die Convention von Georgia hat eine Verordnung erlassen, welche die Schuldhaft aufhebt. Außerdem hat sie eine Resolution angenommen, in welcher dem General Meade der öffentliche Dank ausgesprochen wird.

[Der Vertrag mit Dänemark,] wegen Ankaufs der westindischen Inseln begegnet einem so starken Widerspruch, daß seine Ratification sehr fraglich wird. Eine Station in Westindien hält man für genügend, und die jetzt formell gestellte Offerte wegen Abtretung der Bai und Halbinsel von Samana für in jeder Beziehung annehmbarer. Da allem Anschein nach Dänemark sehr viel an dem Handel gelegen ist, wird sich dort wohl ein Gefühl schmerzlicher Enttäuschung geltend machen. Von den Vortheilen, welche Samana bietet, wird durch Sachverständige eine Schilderung entworfen, wonach es eine wahrhaft glänzende Acquisition ist, auch abgesehen davon, daß damit viel größere politische Vortheile verbunden wären, als mit der Erwerbung der dänischen Inseln. Auf einen Theil der noch nicht angewiesenen Kaufsumme für Alaska (390,000 D.) hat die Wittwe eines Capitäns Perkins in Massachusetts, dem die russische Regierung zur Zeit des Kriemkrieges contractbrüchig geworden, Beschlag gelegt.

[Von der Union-Pacific-Eisenbahn] sind jetzt 540 Meilen dem Verkehr geöffnet, und es bleiben jetzt nur noch 10 Meilen bis zum Gipfel der Black Hills, dem höchsten für den Bau in Betracht kommenden Punkte des Felsengebirges. Selbst in der Mitte des Winters wird mit den Arbeiten fortgefahren. Die dabei entfaltete Energie ist im höchsten Grade anzuerkennen.

Newyork, 17. Januar. [Diplomatisches. — Fenier J. Mitchell.] Umlaufenden Gerüchten zufolge beabsichtigt Mr. Adams, der diesseitige Gesandte am englischen Hofe, seinen Posten niederzulegen und soll General M'Clellan sein Nachfolger werden. — Der Fenier John Mitchell bittet in seinem Blatte „The New-York Citizen“ den Präsidenten Johnson, sich nicht bei der Königin von Großbritannien für die gefangenen Fenier zu verwenden, was der Congreß bekanntlich in darauf bezüglichen Resolutionen verlangt hatte. Mitchell führt aus, es würde in einem solchen Gesuche das Recht der Engländer, die betreffenden Strafen zu verhängen, anerkannt sein, was, vom Fenier-Standpunkte aus, die ganze Sache aufgeben hieße. „Wenn der Präsident sich verwendet — sagt der fenische Journalist mit mehr Kraft, als Grazie — so spucken wir auf seine Verwendung!“

Mexico, 28. Decbr. [Die britische Legation,] schreibt man von hier, so wie das Consulat, obgleich abberufen, befänden sich noch in der Hauptstadt. Das Verbrechen der europäischen Regierungen dort zu Lande ist von jeher das Gelüste gewesen, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen und stets die reactionäre Partei zu begünstigen. Von einem Schnitzer zum andern sind sie Schritt für Schritt in die Intervention hineingerathen und dann zu den gegenwärtigen Zuständen gelangt. Als unabhängige Nation hat Mexico vollkommen das Recht, als Repräsentanten fremder Mächte dieselben Personen anzuerkennen oder zurückzuweisen, welche früher jene Mächte am Hofe Maximilian's vertreten, und die englische Regierung hätte wohl und ganz leicht andere Consuln bei der Republik accreditiren können.

New-York, 17. Jan. [Zum Ankauf von St. Thomas.] Im „Washington Chronicle“ vom 13. d. findet sich ein vom 12. Dec. datirter Brief des amerikanischen Gesandten in Kopenhagen, Herrn Yeaman, an ein Congreßmitglied über den Ankauf von St Thomas.

Der Gesandte bemerkt darin, daß auch er jeder Gebietserweiterung Amerikas, bloß als solcher, entschieden entgegen sei. Der Besitz von St. Thomas aber schließe für die Republik weittragende politische, commercielle und militärische Vortheile in sich, insofern diese Insel mit ihrem vortrefflichen Hafen den bestgelegenen Vorposten für militärische und commercielle Zwecke biete, der sich für Amerika wünschen lasse. In Europa würde man deshalb sehr überrascht und mehr als eine europäische Macht würde deshalb sehr erfreut sein, wenn der Congreß dem Kaufscontracte seine Genehmigung verweigern sollte. In den diplomatischen und politischen Kreisen Europas betrachte man die Erlangung von St. Thomas als eine viel werthvollere denn die der russisch-amerikanischen Gebietstheile, und erkläre sie für den besten Gedanken. denn Herr Seward, nächst der Aufstellung der Alabama-Ansprüche und der Hinausbugsirung der Franzosen aus Mexico, noch gehabt habe. Zum Schlusse bemerkt der Gesandte, daß die Verhandlungen mit Dänemark über den Verkauf der Insel viel schwieriger gewesen seien, als Mancher sich einbilde. (Herr Wells vom amerikanischen Finanzministerium hatte sich gegen die Ratification des Ankaufs von St. Thomas ausgesprochen, und um seinem Widerspruche zu begegnen, wurde vielleicht obiger Brief eben jetzt veröffentlicht.)

[Literarisches.] Strauß und Renan werden demnächst einen amerikanischen Schriftsteller als dritten Bearbeiter ihres Hauptwerkes sich zugesellt sehen. Es ist der Reverend Henry Ward Beecher (Bruder der Verfasserin von Onkel Tom's Hütte), der „fashionabelste“ Prediger von Newyork, der demnächst mit einem „Leben Christi“ an die Oeffentlichkeit treten wird.

Provinzial-Zeitung.

+ **Breslau,** 6. Februar. [Ostpreußische Arbeiter.] Mit dem aus Oppeln eintreffenden Localpersonenzuge kamen gestern Vormittag um 9 Uhr 5 Minuten auf dem hiesigen Centralbahnhofe 19 Mann von den 300 ostpreußischen Arbeitern hier an, welche vor circa 14 Tagen nach Oberschlesien zur Beschäftigung in den dortigen Bergwerken befördert worden waren. Die Mannschaften wurden mit dem Nachmittag-Personenzuge nach ihrer Heimath Ostpreußen zurückbefördert. Nach Aussage dieser Leute dürften noch mehrere ihrer Genossen baldigst nachfolgen.

≃ **Breslau,** 4. Februar. [Schwurgericht.] Vertreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt v. Rosenberg. Die Vertheidigung führte App.-Ger.-Referendarius Levy.

Beide zur Verhandlung anstehende Sachen betrafen neuen, schweren Diebstahl, die erste auch einfache Hehlerei. In dieser wurde der Arbeiter Herrmann Hugo Schürzmann, welcher am 20. October v. J. dem Fleischermeister Stöbisch größere Quantitaten Fleischwaaren und Geld weggenommen hatte, zu 1 Jahr Gefängniß und den entsprechenden Zusatzstrafen verurtheilt, während die verehel. Restaurateur Louise Seifert, geb. Kretschmer, welche einen berüchtigten sog. Kaffeekeller hierselbst hält, in dem vorzugsweise Polizeiobservaten und ähnliche Subjekte verkehren, wegen Hehlerei eine Strafe von 3 Monaten Gefängniß mit den entsprechenden beiden Zusatzstrafen erhielt.

In der zweiten Verhandlung wurde der Tagearbeiter Wilhelm Koch aus Treschen, welcher in der Nacht zum 28. Februar 1860 in die Wohnung des Stellenbesitzers Eisert eingebrochen war und Kleider im Werthe von ca. 30 Thlr. und 20 Thlr. baares Geld entwendet hatte, zu 5 Jahren Zuchthaus und Polizei-Aufsicht verurtheilt.

5. Februar. Eine auch für weitere Kreise interessante Verhandlung kam heute vor der 2. Criminal-Deputation des Stadtgerichts zum Abschluß, nachdem dieselbe schon früher einmal hatte vertagt werden müssen.

Der jetzige Diaconus im Dominicanerkloster zu Düsseldorf, Richard Schneider, aus Brieg gebürtig, studirte von Ostern 1859 bis 1861 an der hiesigen Universität katholische Theologie. Hierauf begab er sich nach Rom, um seine Studien zu vollenden. Schneider war, weil er im Jahre 1840 geboren ist, im Jahre 1861 militärgestellungspflichtig, oder er mußte, entsprechend dem Ministerialrescript vom 9. Decbr. 1858, den Nachweis führen, daß er bis zu diesem Zeitpunkte die priesterlichen Weihen erhalten. Es wurde ihm indessen auf seinen Antrag von der competenten Behörde ein Ausstand bis zum Jahre 1866 bewilligt.

Er soll sich nun aus zwei Gründen einer Verletzung seiner Pflichten schuldig gemacht haben; einmal, weil er sich im Jahre 1866 nach eingetretener Mobilmachung, für welche sein Ausstand, sowie die Rechte aus seiner Eigenschaft als katholischer Theologe erloschen, sich nicht zur Musterung gestellt hatte, und dann, weil er dies auch im October 1866, dem Ende seines Ausstandes zu thun verabsäumt, resp. nicht den Nachweis geführt hatte, daß ihm inzwischen die geistlichen Weihen ertheilt worden seien.

Erst Ende December 1866 hat Schneider unter Ueberreichung eines Attestes über die ihm am 22. December 1866 ertheilte Subdiaconats-Weihe seine gänzliche Befreiung vom Militärdienste beantragt. Hierdurch erschien aber seine Strafbarkeit nicht ausgeschlossen, zumal eine Auskunft der hiesigen königl. Regierung dahin abgegeben worden war: 1) daß er sich nicht gestellt, 2) daß sein Aufenthalt im Inlande nicht ermittelt worden, 3) daß der angestellten Ermittelungen ungeachtet sich keine Umstände ergeben haben, welche die Annahme ausschließen, daß derselbe nach Ablauf des ihm bewilligten Ausstandes im Auslande verblieben, um sich dadurch dem Eintritt in das stehende Heer zu entziehen. Schneider wurde demnach wegen Zuwiderhandelns gegen § 110 des St.-G.-B. angeklagt.

In dem heutigen Termine war er nicht erschienen, hatte aber dem Gerichte schriftlich mitgetheilt, daß er unschuldig sei. Ferner hatte er schon früher den Einwand gemacht, daß er von einem Militärarzte in Brieg für dauernd unbrauchbar erklärt worden sei, und den Prof. Dr. Gitzler telegraphisch benachrichtigt, daß er ein Attest über seine Unbrauchbarkeit beibringen würde. Endlich hatte er eingewendet, daß er zur Zeit der Mobilmachung im Jahre 1866 Clausur im Kloster gehabt, so daß er Zeitungen zu lesen und Kenntniß von der Mobilmachung zu nehmen nicht im Stande gewesen sei, worüber er ein Attest des Priors beigebracht hatte.

Der Gerichtshof konnte indessen auf die telegraphische Nachricht an den Professor Gitzler keine Rücksicht nehmen, weil in derselben keine Vollmacht des Angeklagten enthalten war, eben so wenig auf den zweiten Einwand, weil der Angeklagte selbst ohne Kenntniß von der Mobilmachung sich im October 1866 zu stellen verpflichtet gewesen wäre und verurtheilte den Angeklagten zu einer Geldbuße von 50 Thalern, event. zu einem Monat Gefängniß.

*** [Personalien.] Lehrer Ant. Przybilla in Zawisc als Schullehrer, Organist und Küster nach Czarnowanz, Kr. Oppeln. Substitut Fr. Jackisch in Winzig als 3. Lehrer nach Steinau a.O. Schullehrer Fr. Glombitza in Dirschelwitz als Schullehrer, Organist und Küster nach Schmitsch, Kr. Neustadt. Der seith. provis. Lehrer Const. Pierko in Oppeln als Lehrer daselbst.

Ss. **Neumarkt,** 3. Februar. [Communales.] Nachdem unser Stadtverordneten-Collegium wieder vollständig ergänzt, bleibt immer noch die Stelle eines Rathmanns unbesetzt. Im Mai v. J. wurde durch die beendigte Dienstzeit zweier Rathmänner eine Neuwahl nothwendig, welche dahin ausfiel, daß der bisherige Bau-Rathmannn Heininger wiedergewählt und an Stelle des Seifensieder Herrn Stach, welcher inzwischen zum Beigeordneten gewählt, Herr Gelbgießer Rißmann gewählt wurde. Die Bestätigung des Erstern seitens der k. Regierung ließ bis zum November v. J. auf sich warten und schon hegte man Zweifel darüber, ob selbige überhaupt erfolgen werde, da dem Betreffenden schon früher ein Verweis durch den Herrn Landrath, betreffend seiner Stimmenabgabe als liberaler Wahlmann geworden war. Die Nichtbestätigung des Herrn Rißmann erfolgte sechs Wochen später, womit sich das Stadtverordneten-Collegium nicht beruhigt; das Gesuch um Bestätigung liegt jetzt Einem hohen Ministerium vor. Was die Persönlichkeit der beiden Gewählten betrifft, so gehören beide zur liberalen Partei mit streng königl. Gesinnung, beide waren Unteroffiziere im Heere, beide haben sich durch langjährige umsichtige Thätigkeit in der Communalverwaltung das größte Vertrauen ihrer Mitbürger erworben. Als Stadtverordneter entwickelt Herr Rißmann die größte Umsicht und Vorsicht bei den Communalausgaben, und ist der Erste, welcher immer darauf hinweist, daß es durch strenge Prüfung aller Ausgaben doch endlich möglich werde, den Zuschlag mit 100 pCt. (vom 1. April an noch 25 pCt. auf Kriegsschulden) zu beseitigen, worauf auch die königliche Regierung fortwährend mit Recht dringt. Dabei hat sich aber auch eine Partei gebildet, welche sich diesem schroff gegenüberstellt und bereit ist, mit offenen Händen aus dem Communalsäckel zu spenden, mit dem Motto: „Wenn's nicht langt, muß es aufgebracht werden.“

⊙ **Waldenburg**, 2. Februar. [Schule. — Witterung.] Das Jahr 1866 hat eine langjährige Differenz mit der königl. Bergbehörde wegen Bezahlung des Schulgeldes der Knappschaftsgenossen aus dem Freikurgelder-Fonds zum gedeihlichen Ausgange für die evangelische und katholische Schulgemeinde gebracht, indem nicht allein ein Pauschquantum für das Schulgeld, berechnet nach der wahrscheinlichen Vermehrung der Kinder auf die Dauer von 5 Jahren, festgesetzt, sondern dasselbe auch capitalisirt wurde, um beiden Gemeinden die Kosten für die stattfindenden Neubauten zu erleichtern. Der evangelischen Schulgemeinde ist von der Verwaltung des Freikurgelderfonds eine Aversionalsumme von 15,000 Thlr., der katholischen Schulgemeinde eine desgleichen von 10,000 Thlr. in drei Terminen innerhalb eines Jahres (1sten April 1867 bis 1. April 1868) zu zahlen, resp. zum Theil schon gezahlt. Diese Capitalien sollen bei der evangelischen Schulgemeinde ganz und bei der katholischen nur insoweit es nöthig ist, zu den stattfindenden Bauten verbraucht und die beiden Gemeinden durch eine verhältnißmäßige Amortisation wieder mit der Zeit auf die ursprüngliche Höhe gebracht werden. Bei der evangelischen Schulgemeinde soll diese Amortisation dann beginnen, wenn die übrigen Bauschulden abgestoßen sind, bei der katholischen aber sofort, durch Capitalisirung der Zinsen, welche von dem ausgeliehenen Theile dieser Ablösungssumme einkommen werden. — Evangelische Schule: Die Gehälter und Remunerationen der in den Selectaklassen fungirenden Lehrer haben pro 1867 höchstens ca. 2290 Thlr. betragen, wozu aus der Schulgeldsteuer nur ca. 130 Thlr. zugeschossen werden durften. Im Laufe des Monats November 1867 wurden die Elementarklassen der Stadtschule besucht von 422 Knaben und 422 Mädchen, zusammen 844 Kindern; die Knabenselectaklassen besuchten zusammen 116 Knaben, die Mädchenselectaklassen 88 Mädchen, beide Selectaschulen also zusammen 204 Kinder, sonach sind die sämmtlichen evangelischen städtischen Schulanstalten zusammen von 1048 Kindern besucht worden. — Um die Knabenseleeta vorläufig mindestens auf die Höhe einer höheren Bürgerschule zu bringen, ist die Aufsetzung einer Tertia sowie die Anstellung eines Directors, welcher vorläufig der Ordinarius der Tertia sein muß, nothwendig. — Für das Jahr 1868 sind an Besoldungen für die Lehrer und Lehrerinnen aufzubringen: a. für die Selectaklassen 2640 Thlr., b. für die Elementarklassen 3783 Thlr., zusammen 6423 Thlr. Dazu kommen für den neu anzustellenden Kastellan 200 Thlr., Pension für den früheren Cantor 90 Thlr. und sind demnach zu Schulzwecken aufzubringen 6713 Thlr. — Der im Herbste 1866 begonnene Bau eines neuen Knabenschulgebäudes ist im Herbst 1867 unter Dach gebracht und der innere Ausbau so weit gefördert worden, daß derselbe mit dem Frühjahr 1868 bezogen werden kann. — Katholische Schule: An Lehrergehältern sind 1866 gezahlt worden zusammen 864 Thlr. Nachdem von Ostern 1868 ab die Geschlechter auch bei der katholischen Schule getrennt und die Mädchen den Unterricht von Schulschwestern erhalten sollen, verlangt der Etat pro 1868 zusammen 1582 Thlr. Im Laufe des Monats November 1867 wurde die katholische Schule besucht von zusammen 505 Kindern, nämlich 243 Knaben und 262 Mädchen. Im Laufe des letzten Sommers ist ein Erweiterungsbau der Pfarrschule durchgeführt und soweit beendet worden, daß bereits von einem Klassenraume zum Unterricht Gebrauch gemacht werden kann. — In unserem Waldenburg ist zur Zeit recht stürmische Witterung. Schnee, Regen, Frost und Thauwetter wechseln recht oft mit einander ab. Stellenweise haben wir noch, wie in Steingrund, ein Schneelager von 2 Ellen. Seit vielen, vielen Jahren ist's nicht so winterlich gewesen. Daß hier der Winter mehr herrscht, ist natürlich, wenn man bedenkt, daß der Waldenburger Ring 1390 Fuß, der Bahnhof Dittersbach 1616 Fuß und unser Nachbarstädtchen Gottesberg 1818 Fuß über dem Meeresspiegel liegt. Bei allem Wechsel der Witterung ist der Gesundheitszustand in unserem Gebirge ein verhältnißmäßig günstiger zu nennen. Wenn den Klagen über Theuerung nur nicht Klagen über Noth folgten!

? **Oppeln**, 3. Februar. [Schule.] So erfreulich die aus verschiedenen Orten unserer Provinz gemeldete bessere Dotirung der Elementarlehrer für jeden Freund derselben ist, um so weniger Freude hat er, wenn er Kenntniß von den Gehaltsverhältnissen der hiesigen Lehrer nimmt. Wir wollen keinen „Hilferuf aus Oberschlesien" erlassen, nur hiermit der Oeffentlichkeit übergeben, daß in unserer Stadt, die der Sitz der Regierung ist, über 11,000 Einwohner und sehr theures Pflaster hat, das Einkommen der kathol. Elementarlehrer (excl. freier Wohnung) von 200 bis 300, das der evang. von 180 bis ca. 280 Thlr. steigt. Freilich hat der Lehrer hier Privatstunden in Fülle, und das finden die fürsorglichen Freunde der Schule ganz zweckmäßig. — Was die an anderen Orten bereits als nothwendig dargestellte Reorganisation der evang. Stadtschule betrifft, so scheint dieselbe an maßgebender Stelle vorläufig noch nicht in Erwägung gezogen worden zu sein. Vielleicht schadet's nicht, wenn dieselbe noch für längere Zeit ad acta gelegt wird.

Telegraphische Witterungsberichte vom 5. Februar.

Mrg.	Ort.	Baromet. Pariser Linien.	Therm. Reaum.	Wind, Richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ansicht.
6	Memel	320,4	0,7	W., schwach.	Bedeckt.
7	Königsberg	332,1	0,7	W., s. stark.	Bedeckt, Rg.u.Schnee.
6	Stettin	337,1	3,2	NW., Sturm.	Wolkig, Ncht. Schnee.
—	Ratibor	331,0	3,3	W., stark.	Schnee.
—	Münster	339,4	4,2	SW., schwach.	Trübe.
—	Trier	336,9	3,3	SW., mäßig.	Trübe.
7	Flensburg	337,8	2,8	NW., lebhaft.	Heiter.
8	Paris	—	—	—	—
—	Haparanda	—	—	—	—
—	Helsingfors	—	—	—	—
—	Petersburg	—	—	—	—
—	Moskau	—	—	—	—
—	Stockholm	—	—	—	—
—	Skudesnäs	—	—	—	—

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 5. Febr. 10 U. Ab.	333,72	+4,0	W. 2.	Trübe.
6. Februar 6 U. Mrg.	331,22	+2,8	W. 4.	Regnicht.

Auswärtige amtliche Wasser-Rapporte.

Ratibor, 5. Februar, Früh 7 Uhr. Stand am Pegel 14 Fuß 2 Zoll. Nachm. 4 Uhr 13 Fuß 8 Zoll. Auf einigen kleinen Strecken ist das Eis zusammengerückt, aber noch kein Eisgang.

Breslau, 6. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 17 F. 5 Z. U.-P. 5 F. 6 Z. Eisstand.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Rom, 4. Febr. Der „Osservatore Romano" dementirt die Nachricht, daß der Papst die italienischen Bischöfe angewiesen habe, ein Tedeum für die Siege der Kirche zu feiern. Dasselbe Blatt dementirt ferner die Nachricht von einer in Rom bei Franz II. stattgehabten Zusammenkunft von Vertretern der depossedirten italienischen Fürsten.

Florenz, 5. Febr. Aus Civitavecchia wird die Ankunft von drei französischen Transportdampfern gemeldet, um die zur Rückkehr bestimmten Cavallerie- und Artillerie-Corps an Bord zu nehmen. Es wird bestätigt, daß die zurückbleibenden Truppen die Stärke einer Division nicht übersteigen werden. — Odo Russell, der Geschäftsträger Großbritanniens beim heiligen Stuhle, hat sich mit einer Tochter Lord Clarendon's verlobt.

Neapel, 5. Februar. Der Ausbruch des Vesuv wird stärker; er wirft Asche und Lavamassen aus. In vergangener Nacht erfolgten drei Erdstöße.

Bern, 5. Febr. Der preußische Gesandte, General v. Röder, wird morgen behufs Ueberreichung seiner Beglaubigungsschreiben als Gesandter des norddeutschen Bundes von dem Bundespräsidenten empfangen werden.

Paris, 5. Februar, Abends. Die „France" meldet: Metternich conferirte gestern mit Moustier und theilte Oesterreichs Haltung wegen der Donau-Uferstaaten mit. Die „Presse" hat Nachrichten aus Bulgarien, daß eine ernste, seit lange vorbereitete aufständische Bewegung dem Ausbruch nahe sei.

Paris, 4. Februar. Gesetzgebender Körper. In seiner heutigen Rede besprach der Staatsminister Rouher den kaiserlichen Brief vom 19. Januar v. J. und stellte in Abrede, daß die Regierung versucht habe, die liberale Bewegung zu hemmen. Wir haben, sagte der Minister, das uns anvertraute Werk aufrichtig übernommen. Es haben sich gewisse Bedenken über die Zweckmäßigkeit des Gesetzes kundgegeben. Wir haben reiflich die Frage geprüft, und das Resultat dieser Prüfung ist der feste Wille, das Gesetz mit aller Kraft aufrechtzuhalten. Diese Verpflichtung sind wir eingegangen, und vor einer Verpflichtung weicht eine starke Regierung niemals zurück. Wir fürchten die Presse nicht, denn wir haben die Mittel, dieselbe im Zaume zu halten. Der Minister glaubt nicht an die Beschwichtigung der Parteien, wohl aber an die Ohnmacht derselben. Darum müsse die Majorität fest zu den Entschlüssen der Regierung stehen und sich nicht spalten. Der Minister schließt: „Eine neue Generation ist gekommen. Die 4 Millionen Wähler, welche das Kaiserthum errichteten, sind nicht mehr. Neue 4 Millionen Wähler beleben die Nation mit neuem Eifer. Wir dürfen sie nicht aufhalten, wohl aber müssen wir sie leiten." Artikel 1 und 2 des Preßgesetzes werden angenommen.

London, 4. Februar. Aus allen Theilen des Landes laufen Berichte über durch Sturm verursachte Unfälle und Verheerungen ein. Große Landstrecken stehen völlig unter Wasser; ganze Schaafheerden ertranken. Verlust an Menschenleben wurde vornehmlich durch das Einstürzen von Schornsteinen verursacht. Ungeachtet der Gewalt des Unwetters wird von keinen bedeutenden Schiffsunfällen in der Nähe der Küste berichtet. Man sieht indessen Unglücks-Botschaften aus weiterer Ferne entgegen, da in Folge des starken Südwestwindes viele Schiffe aus ihrem Cours weit in die hohe See hinaus getrieben wurden. Aus Dublin wird die Verhaftung dreier Fenier berichtet. Der zur Zeit zu Warwick gefangen gehaltene fenische Colonel Burke, zu dessen Befreiung das Explosions-Attentat zu Clerkenwell erfolgt sein sollte, wird wegen intellectueller Miturheberschaft muthmaßlich ebenfalls unter Anklage „überlegten Mordes" gestellt werden. (T. B. f. N.)

Southampton, 3. Februar. Nach den neuesten Nachrichten aus Buenos-Ayres ist dort die Cholera (wie bereits gemeldet) wieder in verstärktem Maaße aufgetreten, so daß die Bevölkerung die Stadt verläßt, um sich in gesunderer Gegend Lager zu errichten. Allgemeiner Schrecken herrscht und das Geschäft liegt ganz darnieder. Särge werden auf Möbelwagen fortgeschafft und man findet kaum so viel Arbeiter, um die Gräber zu bereiten. Die letzten Kriegsberichte sind ohne Interesse, im Lager wüthet die Cholera. Unter dem Vieh und hauptsächlich den Schafen der Landleute ist ebenfalls eine Krankheit ausgebrochen. Das Land ist sehr im Werthe gesunken. (T. B. f. N.)

Edinburg, 4. Februar. Gestern Abend fand unter dem Vorsitz des Land-Provost von Edinburg ein großes Meeting statt, auf welchem eine Petition an das Parlament beschlossen wurde, des Inhalts, eine Vermehrung der schottischen Parlaments-Sitze eintreten zu lassen. (T. B. f. N.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 5. Februar, Nachm. 3 Uhr. Fest. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93⅜ gemeldet. Schluß-Course: 3proc. Rente 68, 65. Italien. 5proc. Rente 43, 70. Oesterr. Staats- Eisenbahn-Actien 522, 50. Credit-Mobil.-Actien 180, —. Lomb. Eisenb.-Actien 358, 75. Oesterreich. Anleihe von 1865 pr. cpt. 345, —. 6proc. Ver. St.-Anl. pr. 1882 (ungest.) 81⅜.

London, 5. Februar, Nachmitt. 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 93⅜. 1proc. Spanier 36 13/16. Italienische 5proc. Rente 43 5/16. Lombarden 14 3/16. Mexicaner 15⅞. 5% Russen 87. Neue Russen 86⅜. Silber 60½ B. Türk. Anleihe von 1865 32 5/16. 6proc. Verein. Staaten-Anl. pro 1882 71⅜. Aus der Bank sind heute 187,000 Pfd. St. und in dieser Woche 539,000 Pfd. St. geflossen.

Frankfurt a. M., 5. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 99⅝. Oesterr. National-Anleihe 54¾. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 75¾. Hessische Ludwigsbahn 131½. Baierische Prämien-Anleihe 99¾. 1854er Loose 62⅝. 1860er Loose 70¾. 1864er Loose 80¼. — Fest. Nach Schluß der Börse: Creditactien 186¾, 1860er Loose 70⅞, Staatsbahn 245½.

Frankfurt a. M., 5. Februar, Abends. [Effecten-Societät.] Fest, ziemlich animirt. Amerikaner per Medio 75¾. Creditactien 187½. Steuerfreie Anleihe 49 15/16. 1860er Loose 71. Staatsbahn 246. Nat.-Anl. 54⅞.

Wien, 5. Febr. [Abend-Börse.] Credit-Actien 187, 60. 1860er Loose 83, 30. 1864er Loose 80, 80. Staatsbahn 246, 30. Steuerfreie Anleihe —, —. Napoleonsd'or 9, 52. Schluß angenehm.

Hamburg, 5. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84¼. National-Anleihe 55. Oesterr. Credit-Actien 79⅛. Oesterreichische 1860er Loose 70¼. Staatsbahn 517. Lombarden 350. Italienische Rente 43. Vereinsbank 111. Norddeutsche Bank 119. Rheinische Bahn 114⅞. Nordbahn 94⅞. Altona-Kiel —. Finnländische Anleihe —. 1864er Russische Prämien-Anleihe 96⅜. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 95½. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 69⅛. Disconto 1¾ pCt. — Schwächer. Amerikaner pr. ultimo zu 68⅞ angeboten.

Hamburg, 5. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco geschäftslos. Weizen per Februar 5400 Pfd. netto 176 Bankothaler Br., 175 Gd., per Februar-März 176 Br., 175 Gld., per Frühjahr 175 Br. u. Gld. Roggen per Februar 5000 Pfd. Brutto 141 Br., 140 Gld., per Februar-März 139 Br., 138 Gld., pr. Frühjahr 137 Br., 136 Gld. Hafer sehr ruhig. Rüböl flau, loco 22, per Mai 22¾, Octbr. 23¼. Spiritus sehr ruhig, zu 28 angeboten. Kaffee ruhig. Zink sehr still. — Wetter kalt und windig.

Liverpool, 5. Februar, Mittags. Baumwolle: 12,000 Ballen Umsatz. New-Orleans 8⅛. Georgi 7⅞. Fair Dhollerah 6¾. Middling fair Dhollerah 6½. Good middling Dhollerah 6¼. Bengal 5½. Good fair Bengal 5⅞. Fine Bengal —. New fair Oomra 6⅝. Good fair Oomra 6⅞. Pernam 8. Egyptian —. Smyrna 6½. Schwimmende Orleans —. Savannah schwimmend —. Günstiger.

Bremen, 5. Febr. Petroleum. Standard white, loco 5⅙.

Antwerpen, 5. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schluß-Bericht.) Weichend. Ruhig. Raffin. Type weiß, loco 41½ bez. u. Br, pr. Februar 41 Br.

Kurachee, 4. Febr. (Bericht von Volkart Brothers.) Scinde Baumwolle 4⅝ D., „Cost und Fracht", Sesamsaat schwarze 30 Rs. Cours auf London 22¾ D. Fracht nach England 75 Sh.

Bombay, 3. Febr., Abends. (Baumwollenbericht von Jules Siegfrid u. Co.) New Oomra 170 R.

New-Orleans, 1. Februar. (Pr. atlantisches Kabel.) (Bericht von Prehn u. Co.) Middling Orleans 7½ D., low Middling 7¼ D., good ordinary 7 D. Alles brutto. „Cost und Fracht" pr. Segelschiff nach Liverpool Preise vom letzten Mittwoch middling Orleans 7 5/16, low Middling 7 3/16, good ordinary 6⅞.

Newyork, 5. Februar, Abends 6 Uhr. Wechsel auf London 109⅞. Goldagio 41⅜. Bonds 111½. Illinois 135. Eriebahn 72⅞. Baumwolle 19. Petroleum 22½. Bonds von 1885 110. Bonds von 1904 104½. Mehl 10, 60.

Paris, 5. Febr, Nachm. 5 Uhr 30 Min. Weizen unverändert, schwer verkäuflich, eher weichende Tendenz, geringere Qualität ganz unverkäuflich. Roggen 32, 50. Mehl pr. Februar 89, 25, pr. März-April 88, 50.

Amsterdam, 5. Februar, Nachmitt. 4 Uhr 30 Min. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen still. Petersburger Roggen loco flauer, pr. März 313, pro Juli 303. Raps pr. Mai 67. Rüböl pr. Mai 34½, pr. November-Decbr. 36.

(Der heutige Londoner Getreidemarkt ist noch nicht eingetroffen.)

Berlin, 5. Febr. Pariser und Wiener Course übten auf den hiesigen Verkehr soweit nachtheiligen Einfluß, als sie der geschäftlichen Stille weiteren Vorschub leisteten. Lombarden waren belebt, trugen aber der Pariser niedrigeren Notiz Rechnung, auch Franzosen behaupteten sich bei guten Umsätzen nicht vollständig; Oesterr. Credit fixte Wien und variirte somit im Preise nicht wesentlich; Loose stellten sich etwas niedriger, während, mit Ausnahme von 1864r Anleihen, die etwas billiger gefragt blieben, österr. Fonds bessere Course erzielten. Amerikaner ließen sich von der abermals höheren Newyorker Goldnotirung fast gar nicht tangiren, Italiener erfuhren nur mäßige Herabsetzung und waren nicht eben unbeliebt. Bei den russ. Fonds ließen sich nicht überall gestrige Preise erzielen, Prämien-Anleihen waren recht fest, von polnischen Liquidations-Pfandbriefen gingen Posten ⅜ theurer um; Russische 5 pCt. Bodencredit-Pfandbriefe 76⅝ bez.; Rum. Anleihe auf 68⅜ behauptet. Russische Prioritäten waren still, Poti-Tiflis 74½ bez., Fünfkirchener 70⅝ G.; einheimische Prioritäten ohne Beachtung. Am Eisenbahnmarkt blieb Coselern die Gunst der Börse, man handelte größere Posten etwas über gestriger Notiz; ebenso fanden heute in Görlitzern speculative Ankäufe statt, welche deren Cours, da es an Cassastücken fehlt, um 1 pCt. hoben, sonst waren noch Oberschles. A. und C. beliebt und erhöht; Bergische, Cölner, Mainzer wichen weiter, Rheinische hoben sich etwas. Gute Frage erhielt sich für Badische Präm.-Anl., ohne daß sich der Preis derselben wesentlich gehoben hätte. Von Banken gingen Darmst. rege um und holten abermals 1 pCt. mehr, Luxemburger profitirten 1¼, Weimar 1 pCt., ebenso gewannen Danziger und alte Bremer, für Posener wurde wesentlich weniger geboten. Von preuß. Anleihen waren die 4½ pCt., heute am Erscheinungstage der neuen Emission, unbedeuteud billiger, das Geschäft im Allgemeinen in Fonds nicht umfänglich. — Prämie für Amerikaner per ult. 76¾—½, per ult. März 77—⅝. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 5. Februar 1868.

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl. . .	4½	95¼ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	103¼ bz.
dito 1854. 55. 57	4½	95¼ bz.
dito 1859	4½	95¼ bz.
dito 1856	4½	95¼ G.
dito 1864	4½	95¼ bz.
dito 1867	4½	95¼ bz.
dito 1850/52	4	89 bz.
dito 1853	4	89 bz.
dito 1862	4	89 bz.
Staats-Schuldscheine	3½	83½ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	115½ B.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	96 B.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	76¼ bz.
Pfandbriefe. Pommersche . . .	3½	76¼ bz.
Pfandbriefe. Posensche	4	— — —
Pfandbriefe. dito	3½	— — —
Pfandbriefe. dito neue	4	85 bz. u. B.
Pfandbriefe. Schlesische	3½	83½ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	90⅛ G.
Rentenbriefe. Pommersche . . .	4	90¼ bz.
Rentenbriefe. Posensche	4	89 B.
Rentenbriefe. Preussische	4	88⅝ G.
Rentenbriefe. Westph. u. Rhein.	4	92¾ bz.
Rentenbriefe. Sächsische	4	90¾ bz.
Rentenbriefe. Schlesische	4	90¾ bz.

Louisd'or 112¼ G. | Oest. Bk. 85¾ bz.
Goldk. 9. 10 G. | Poln. Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	48½ bz. u. B.
dito Nat.-Anl. .	5	56½ bz.
dito Lot.-A.v.60	5	71 bz.
dito dito 64	—	46 G.
dito 54er Pr.-A.	4	64 G.
dito Eisenb.-L.	—	73¾ bz.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	43⅝ bz.
Russ.-Engl. Anl. 1862	5	85⅜ bz.
dito Poln.-Sch.-Obl.	4	64¼ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	58 bz. u. G.
dito Liqu.-Pfandbr.	4	50⅜ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	95¾ G.
dito à 300 Fl.	5	91¾ G.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	53⅝ G.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29½ bz.
Amerikan. St.-Anl. .	6	76⅜ à ½ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische . . .	4½	— — —
dito II.	4½	95¼ B.
dito IV.	4½	92½ bz.
dito III. v. St. 3¼ g.	3½	77 etw. bz. u. B.
Cöln-Minden	4½	— — —
dito II.	5	102 G.
dito	4	84½ B.
dito III.	4	83¼ bz.
dito	4½	94 bz. u. B.
dito IV.	4	83¼ bz.
dito V.	4	83¼ bz.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4½	82½ B.
dito III. Em. .	4	— — —
dito IV. Em. .	4½	85⅜ bz.
Gal. Ludwigsb. . . .	5	81 bz. u. 77 G.
Niederschl.-Märk. . .	4	88¼ G.
dito conv.	4	88¼ G.
dito III.	4	85¾ bz.
dito IV.	4½	95 bz.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	100½ et. bz. u. B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	77½ B.
dito C.	4	85 G.
dito D.	4	85 G.
dito E.	3½	77¼ bz.
dito F.	4½	— — —
dito G.	4½	92¼ bz.
Oesterr.-Franz. . . .	3	260¼ G.
Oesterr. südl. St.-B.	3	209¼ bz.
Rhein. v. St. gar. . .	4½	— — —
Rhein-Nahe-B gar. .	4½	93 bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865.	1866.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	28⅝ bz.
Amsterd. Rottd.	7¼	4¾	4	99¾ bz.
Berg.-Märkische	9	8	4	135 bz.
Berlin-Anhalt . .	13	13¼	4	211 B.
Berlin-Görlitz . .	—	—	4	79½ 81à80½ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4	97¼ bz.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	162 G.
Berl.-Potsd-Mgd.	16	16	4	198 B.
Berlin-Stettin . .	8	8 7/12	4	136½ bz.
Böhm.-Westb. . .	—	5	5	63⅛ bz
Breslau-Freib. . .	9	9⅛	4	119 bz. u. B.
Cöln-Minden . . .	17⅔	9	4	134¾ à 5 bz.
Cosel-Oderberg .	2¼	2⅛	4	81 à ¼ bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	86¾ bz. u. G.
dito dito	—	5	5	91 bz.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	86⅝ b .
Ludwigsh. Bexb.	10	10⅔	4	150½ B.
Magd.-Halberst.	15	—	4	169 bz. u. B.
Magd.-Leipzig . .	20	—	4	203 bz.
Mainz-Ludwgsh.	8	—	4	127¼ bz.
Mecklenburger . .	3	3	4	75⅜ bz.
Neisse-Brieger . .	5 5/12	—	4	90 G.
Niedrschl.-Märk.	—	4	4	87¾ bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5	4	76¼ bz.
Nordbahn, Hess.	4	—	4	— — —
Oberschl. A. . .	11⅔	12	3½	186¾ bz.
dito B. . . .	11⅔	12	3½	165¼ bz.
dito C. . . .	11⅔	12	3½	186¾ bz.
Oest.-Fr. St.-B. .	5	—	5	140 à ¼ bz.
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	95à94¾à⅞ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73⅝ bz.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	73¾ bz.
R. Oderuf.-St.-Pr.	—	—	5	88½ bz. u. G.
Rheinische	7	—	4	115⅞ bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	30¼ bz.
Stargard-Posen .	4½	4½	4½	93½ B.
Thüringer	—	—	4	132 bz. u. G.
Warschau-Wien	8½	—	5	58⅝ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	157½ G.
Braunschw. B. .	—	0	4	96½ B.
Bremer Bank . .	6½	8	4	115½ G.
Danziger Bank .	7 3/10	8	4	109 G.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	96 bz.
Geraer Bank . .	7⅝	7⅜	4	99¾ B.
Gothaer „	7½	5	4	89¼ B.
Hannoversche B.	4	5⅕	4	76 B.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	118¼ bz.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	110¾ bz.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	111½ G.
Luxemburger B.	6	6	4	80 G.
Magdeburger B.	5½	5	4	90½ bz.
Posener Bank	6½	7½	4	98 G.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅛	4½	154½ bz.
Thüringer Bank	4	4	4	64½ G.
Weimar	6½	4¼	4	85 etw. bz.
——				
Berl. Hand.-Ges.	8	3	4	109¾ etw. bz.
Coburg. Credb. A.	8½	4	4	70¼ B.
Darmstädter „	8½	6½	4	86½ bz.
Dessauer „	—	0	—	2½ bz
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	108½ bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	23 bz.
Leipziger „	4	—	4	88¾ bz.
Meininger „	7	—	4	89¾ etw. bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	19¼ bz. u. G.
Oest. Credb.-A.	4½	—	5	80 à 79⅞ bz.
Schl. Bank-Ver.	7½	7½	4	112 B.
——				
Minerva	1	—	5	34¼ bz. u. G.
Fbr. v. Eisenbdf. .	5½	10	5	131¾ bz.

Berlin, 5. Februar. Weizen loco 89—108 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 77—78pfd. 77½—78 Thlr. ab Bahn bez. — Rüböl loco 10⅞ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 19⅓—19 11/24 Thlr. bez., pro Febr. und Febr.-März 19 5/12—½ Thlr. bez. und Gld., 19⅝ Thlr. Br., April-Mai 19 19/24—11/12 Thlr. bez. und Gld., 20 Thlr. Br., Mai-Juni 19 23/24—20 1/12 Thlr. bez., Juni-Juli 20⅜—11/24 Thlr. bez., Juli-Aug. 20 11/24—⅔—¾ Thlr. bez.

\# **Breslau**, 6. Februar. Bei ruhigem Geschäftsverkehr und schwachen Angeboten haben sich Getreide-Preise am heutigen Markte vollkommen behauptet.

Weizen behielt matte Stimmung, pr. 84 Pfd. schlessischer weißer 108—120 Sgr., gelber 106—117 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen war gut behauptet, pr. 84 Pfund 90—95 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Gerste ruhiger, pr. 74 Pfund gelbe 60 bis 61 Sgr., helle 62—64 Sgr., weiße 65—67 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer, preishaltend, pr. 50 Pfund 41—43 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bez. — Erbsen wenig angeboten. — Wicken gefragt, pr. 90 Pfd. 63—68 Sgr. — Oelsaaten in matter Stimmung. — Lupinen beachtet, pr. 90 Pfund gelbe 42—46 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — Bohnen gute Kauflust, pr. 90 Pfd. 90—96 Sgr. — Schlaglein leicht erkänflich. — Rapskuchen beachtet, 64—67 Sgr. pr. Ctnr. — Mais (Kukuruz) 78—82 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schffl.		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Weißer Weizen	108—117—121	Schlag-Leinsaat . . .	175—190—200
Gelber Weizen	107—114—119	Winter-Raps	172—182—192
Roggen	90— 94— 95	Winter-Rübsen	160—170—180
Gerste	60— 64— 68	Sommer-Rübsen . . .	145—158—165
Hafer	41— 42— 43	Leindotter	145—150—162
Erbsen	74— 78— 84		

Kleesaat in fester Stimmung, rothe 12½—14—15¼ Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz, — weiße zumeist in geringen Qualitäten angeboten, 16—20—22 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz.

Thymothee wenig beachtet, 7—8—9 Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 30—40 Sgr., Metze 1¾—2 Sgr.

Berlin, 2. Febr. [Vieh.] An Schlachtvieh waren auf hiesigen Viehmarkt heute zum Verkauf angetrieben:

982 Stück Hornvieh. Der Markt war nur mäßig betrieben; Kauflust zeigte sich im Allgemeinen nur schwach; für feine Kernwaare wurden jedoch bessere Preise angelegt, als vorwöchentlich, da diese Qualität am Markte für den Bedarf nicht hinreichend vertreten; auch wurde der Markt durch die Rheinländer, welche am Schluß des Marktes noch größere Einkäufe machten, ziemlich geräumt; Primawaare wurde mit 17—18 Thlr., secunda mit 15 bis 16 Thlr. und tertia mit 11—12 Thlr. pro 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

2918 Stück Schweine. Das Verkaufsgeschäft verlief nicht lebhaft, da gegen vorwöchentlich ca. 500 Schweine mehr auf den Markt gekommen und ein besonders reichlicher Consum nicht stattgehabt hatte; nach außerhalb fand auch kein Versand statt; feinste Kernwaare erreichte höchstens den Preis von 17 Thlr., mittel 15 Thlr. und ordinäre 13 Thlr. pro 100 Pfd. Fleischgewicht.

2833 Stück Schafvieh. Der Hammelhandel kann nur als sehr schleppend bezeichnet werden, so daß bedeutende Bestände am Markte unverkauft blieben; die ungünstige Witterung influirte nachtheilig auf die Preise, so daß für 40 Pfd. Fleischgewicht schwerer Kernwaare höchstens 7 Thlr. gewährt wurden.

815 Stück Kälber erzielten nur gedrückte Preise, da sich nur wenig Bedarf bemerkbar machte.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.